

# 104. Sitzung

am Freitag, dem 6. Dezember 2002, 9.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches . . . . .	7566	Beschluss zum Einzelplan 03 A . . . . .	7591
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten <b>Walter Hofmann</b> . . . . .	7566	Mitteilung betr. Ablehnung von Änderungsanträgen zum Einzelplan 03 A gemäß § 132 Abs. 5 GeschO (s. a. Anlage 2) . . . . .	7592, 7595
Haushaltsplan 2003/2004; <b>Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern</b>		Beschluss zur Berichtigungsermächtigung des Finanzministeriums . . . . .	7592
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 14/11078) und Haushaltsplan 2003/2004; <b>Einzelplan 03 B – Staatsbauverwaltung</b>		Mitteilung betr. Erledigung der Änderungsanträge 14/10745, 14/10750 und 14/10751 unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung 14/11078 des Haushaltsausschusses . . . . .	7592
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 14/11083)		Namentliche Abstimmung zum Einzelplan 03 B (s a. Anlage 3) . . . . .	7592, 7597
Staatsminister Dr. Beckstein . . . . .	7566, 7590	Mitteilung betr. Ablehnung von Änderungsanträgen zum Einzelplan 03 B gemäß § 132 Abs. 5 GeschO (s. a. Anlage 4) . . . . .	7592, 7599
Frau Schmitt-Bussinger (SPD) . . . . .	7573, 7575, 7576	Beschluss zur Berichtigungsermächtigung des Finanzministeriums . . . . .	7592
Meyer (CSU) . . . . .	7575	Mitteilung betr. Erledigung des Änderungsantrags 14/10752 unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung 14/11083 des Haushaltsausschusses . . . . .	7592
Vogel (SPD) . . . . .	7575	Schluss der Sitzung . . . . .	7592
Dr. Kempfler (CSU) . . . . .	7576		
Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), zu Protokoll gegebene Fortsetzung ihrer Ausführungen (s. a. Anlage 1) . . . . .	7579, 7593		
Kreidl (CSU) . . . . .	7583		
Hartmann (SPD) . . . . .	7585		
Strehle (CSU) . . . . .	7586		
Volkman (SPD) . . . . .	7587		
Heike (CSU) . . . . .	7588		

(Beginn: 9.03 Uhr)

**Präsident Böhm:** Guten Morgen, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 104. Vollsitzung des Bayerischen Landtages. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Herrn Kollegen Walter Hofmann gratulieren. Er feiert heute seinen Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Im Namen des Hohen Hauses sowie persönlich wünsche ich ihm für das neue Lebensjahr alles Gute, weiterhin gute Ideen bei seinen Zwischenrufen und viel Erfolg bei seiner parlamentarischen Arbeit.

(Beifall bei der CSU – Hofmann (CSU): Herr Präsident, ich habe für kommenden Mittwoch eingeladen! – Allgemeine Heiterkeit)

– Das konnten Sie sich zu diesem Zeitpunkt erlauben, weil noch nicht so viele Kollegen da sind.

(Gabsteiger (CSU): Herr Präsident, er hat zum Mittagessen eingeladen; zum Abendessen haben Sie eingeladen!)

– Aber nur die Anwesenden, so sehe ich das.

Wir kommen jetzt zu unserer eigentlichen Tagesordnung. Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

#### Tagesordnungspunkt 11

##### Haushaltsplan 2003/2004;

##### Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern

#### Tagesordnungspunkt 12

##### Haushaltsplan 2003/2004

##### Einzelplan 03 B – Staatsbauverwaltung –

Das Wort hat der Herr Staatsminister des Innern.

**Staatsminister Dr. Beckstein** (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf vorab ebenfalls einen herzlichen Glückwunsch an Kollegen Walter Hofmann aussprechen und ihm sagen, es gibt kein schöneres Geburtstagsgeschenk, als zu Beginn des Geburtstags eine Rede des Innenministers anhören zu müssen.

(Beifall bei der CSU – Allgemeine Heiterkeit – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Der ist aber leicht zufrieden zu stellen! – Herrmann (CSU): Jetzt haben Sie aber die Messlatte hochgehängt!)

Meine Damen und Herren, wir leben gegenwärtig in schwierigen Zeiten. Die wirtschaftliche Lage, die anhal-

tend hohe Arbeitslosigkeit, eine katastrophale Steuererschätzung und der blaue Brief aus Brüssel, das sind die Rahmenbedingungen, die wir leider haben. Fehler und Versäumnisse von Rot-Grün haben die öffentlichen Haushalte ruiniert. Das gilt in besonderer Weise auch für die Kommunen, deren finanzielle Lage Anlass zu größter Sorge gibt. Manche Städte und Gemeinden in Deutschland bewegen sich am Rande ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit.

Umso wichtiger ist es, dass wir eine verantwortungsbewusste, ehrliche, zukunftsorientierte Politik machen und den Bürgerinnen und Bürgern Optimismus und Perspektive geben. Gerade weil die großen Linien in der Politik unklar sind – und zum Teil auch verfehlt –, ist es umso wichtiger, deutliche Schwerpunkte zu setzen.

Zunächst gilt es, die innere Sicherheit zu bewahren. Dazu gehört die Abwehr des Terrorismus ebenso wie die der Alltagskriminalität. Innere Sicherheit hat den Rang eines sozialen Grundrechts. Ohne Sicherheit ist ein Leben in Freiheit nicht möglich. Daneben müssen wir unseren Kommunen zur Seite stehen und neue Spielräume für Investitionen eröffnen. Dann ist da noch der Haushaltsplan 03 B. Hier geht es darum, innovative Maßnahmen zu finden, um die erfolgreiche Arbeit auch bei der Obersten Baubehörde fortzusetzen.

Der erste Schwerpunkt heißt innere Sicherheit. Der islamische Fundamentalismus mit dem Terrornetzwerk Al-Qaida als seiner gefährlichsten Speerspitze ist eine akute Bedrohung unserer Sicherheit und unseres Rechtsstaats. Gestern waren bei der Innenministerkonferenz die Repräsentanten des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundeskriminalamtes anwesend. Im Rahmen einer mehrstündigen Aussprache aller Innenminister wurde eine Situationsanalyse dargelegt.

Wir müssen uns darüber klar sein, was die eigentliche Zielsetzung von Osama bin Laden ist. Ich sage das in seiner Sprache: Der Kampf der Gläubigen gegen Juden und Kreuzritter. Das ist seine Formulierung: Juden und Kreuzritter. Deshalb will er diejenigen, die die heiligen Stätten in Saudi Arabien durch ihre Anwesenheit als Ungläubige „entweihen“, von der arabischen Halbinsel vertreiben. Anschließend sollen die dortigen Systeme im Sinne des fundamentalen Islamismus verändert werden. Die Motivation, die inzwischen weltweite Dimension hat, stellt eine unmittelbare, hochkarätige Bedrohung gegenüber Deutschland dar. Darüber gibt es nach Meinung aller Chefs der deutschen Sicherheitsdienste keinen Zweifel, wie sie gestern bei der Innenministerkonferenz verdeutlichten. Sie waren aber auch alle der Meinung, dass unsere Sicherheitsanstrengungen dafür sorgen, dass manches bei uns vermieden wird. Harte Ziele, die schwer zu erreichen sind, sind besser geschützt. Deshalb wird auf soft targets und auf Ziele in anderen Teilen der Welt ausgewichen.

Mit seiner Intoleranz gegenüber Andersgläubigen, seinem Absolutheitsanspruch und seiner Ablehnung westlicher Zivilisation ist der Islamismus – ich betone: der Islamismus, in Abgrenzung zu den toleranten Muslimen – eine ständige Bedrohung für uns.

Wir haben in Bayern mit dem umfangreichsten Sicherheitspaket aller Länder reagiert. Wir haben – das ist in diesem Haushalt enthalten – 890 neue Stellen für die Sicherheit in Bayern geschaffen. 650 kommen der Polizei zu Gute. 300 davon sind bereits besetzt, die weiteren 350 Stellen sind in diesem Doppelhaushalt mit verankert. 50 neue Stellen hat der Verfassungsschutz erhalten. Hauptziel ist dabei, die islamistische Szene noch stärker zu erfassen und zu beobachten.

Die Rasterfahndung hat – so die übereinstimmende Meinung in der gestrigen Innenministerkonferenz – die Feststellung mehrerer hundert Personen ergeben, zu denen in konventioneller Weise nachermittelt werden muss, um die Szene zu verunsichern und zu kontrollieren. Wir haben also die notwendigen Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Wenn wir den Terrorismus wirksam bekämpfen wollen, müssen wir auch modernste Technik einsetzen. Mit der Erprobung biometrischer Verfahren zur Gesichtsfeldererkennung hat die bayerische Polizei Neuland betreten.

Damit wollen wir vor allem solche Täter aus dem Verkehr ziehen, die beim Grenzübertritt fremde oder gefälschte Papiere vorlegen.

Vor Kurzem habe ich auch den Startschuss für einen weiteren Pilotversuch gegeben. Mit einem hoch modernen System wollen wir die Kennzeichen vorbeifahrender Kraftfahrzeuge erfassen, mit dem Fahndungsbestand abgleichen und Treffer an die Einsatzkräfte weiterleiten.

Wir verwenden häufig auch ein neues Gerät zur „elektronischen“ Abnahme von Fingerabdrücken, den so genannten „Livescan“. Er versetzt uns in die Lage, binnen kürzester Zeit Aufnahmen von Finger- und Handflächenabdrücken durch ein direktes und digitales Scanverfahren zu fertigen und sogleich elektronisch zum Bundeskriminalamt nach Wiesbaden zu übermitteln. Hierdurch ist ein umgehender Personenabgleich anhand von Fingerabdrücken möglich.

Ich darf das kurz erläutern. Früher hat man Fingerabdrücke dadurch genommen, dass man die Finger in Druckschwärze getaucht hat, sie auf dem Papier abgerollt hat. Dann ist dieses Papier grundsätzlich an das Bundeskriminalamt geschickt worden. Dort ist es – außer in Eilfällen – einige Tage später in den Computer eingestellt worden. Durch das Livescan-System kann man Fingerabdrücke unmittelbar an das BKA übermitteln und dort sofort mit dem Computerbestand abgleichen, und man kann sofort feststellen, ob der Betreffende, dessen Fingerabdruck genommen wurde, gesucht wird. Man kann ihn verhaften. Früher hat man solche Leute manchmal laufen lassen müssen. Das ist ein qualitativer Sprung.

Insgesamt geht es mir um Folgendes, meine lieben Kolleginnen und Kollegen – das ist die Philosophie, die hinter meinen Überlegungen steckt –: Es geht nicht an, dass international organisierte Verbrecher mit hoch technologisierten Möglichkeiten arbeiten und die Polizei weit dahinter zurück bleibt, weil sie noch mit Karteikarten und Strichlisten arbeitet, während die international organisierten Verbrecher Computer nutzen. Das kann nicht

sein. Unsere Polizei muss technisch besser ausgerüstet sein als die Kriminellen.

(Beifall bei der CSU)

Mit Sorge beobachte ich, dass in Deutschland – ich zitiere hier den zuständigen EU-Kommissar, mit dem ich gesprochen habe – generell die Gefahren des Terrorismus unterschätzt werden. Er hat dabei nicht nur die Politik gemeint. Ich füge hinzu, dass auch ich den Eindruck habe, dass zumindest zeitweise von der Bundesregierung die Gefahr unterschätzt wurde. Dies zeigen die Lücken in den Sicherheitspaketen. Anstatt diese Defizite zu beseitigen, soll nach der Koalitionsvereinbarung die Antiterrorgesetzgebung „evaluiert“ werden. Im Klartext bedeutet das nichts anderes, als dass das Rad möglichst wieder zurückgedreht werden soll.

Ich selbst halte das Sicherheitspaket III für unabdingbar. Zu dessen zentralen Forderungen gehört, dass gewaltbereite Ausländer regelmäßig bereits beim Verdacht terroristischer Straftaten ausgewiesen werden. Es muss genügen, dass Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Betroffene einer terroristischen Vereinigung angehört oder sie unterstützt. Bisher verlangt Rot-Grün hier Beweise. Ich will aber nicht verhehlen, dass gestern bei einer Innenministerbesprechung der Herr Bundesinnenminister deutliche Gesprächsbereitschaft bekundet und die Kollegen aufgefordert hat, ihm konkrete Fälle zu schildern, beispielsweise bei der Frage der Ausweisung von Personen des Kalifatsstaates. Da sind Schwierigkeiten aufgetreten, weil es der Herr Bundesinnenminister nicht für notwendig erachtet hat, Möglichkeiten zu schaffen, beispielsweise die Leute, die im Zusammenhang mit dem al-Tawhid-Verfahren nach mehreren Monaten Untersuchungshaft wieder aus der Haft entlassen wurden – einer davon lebt jetzt in München –, bei Verdacht der Terrorunterstützung auszuweisen, wobei selbstverständlich eine hundertprozentige Überwachung im islamistischen Bereich nicht möglich ist. Hier können also immer noch Gefahren lauern. Ich hoffe, dass in diese Thematik Bewegung hineinkommt.

Die Regelanfrage beim Verfassungsschutz im Einbürgerungsverfahren muss endlich gesetzlich verankert und bundesweit durchgeführt werden. Wir tun das in Bayern mit großem Erfolg. Andere Länder machen es nicht. Schleswig-Holstein macht die Regelanfrage von der Zustimmung des Betroffenen abhängig.

(Heiterkeit bei der CSU)

Der Einwand, dass dann eben nicht eingebürgert wird, stimmt nicht. Denn dort, wo es Rechtsansprüche gibt, ist die Einbürgerung vorzunehmen, wenn es keine gesetzliche Regelung gibt. Diese Lücke muss geschlossen werden.

Dass Nordrhein-Westfalen sich bei der Regelanfrage auf Angehörige bestimmter Problemstaaten beschränkt, reicht nicht aus. Wir brauchen die Regelanfrage im Übrigen auch, bevor wir ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland gewähren.

Einen weiteren Punkt, Frau Kollegin Köhler, möchte ich jetzt außerhalb meines Manuskripts noch ansprechen, weil er gestern in der Diskussion der IMK eine Rolle gespielt hat und auch sicherlich heute in der Pressekonferenz noch eine Rolle spielen wird. Ich habe es in meinem Diskussionsbeitrag deutlich gemacht: Dass wir die unterschiedlichen Ethnien nicht speichern dürfen, ist ein schweres Versäumnis und nur durch die Ideologie von Rot-Grün zu erklären.

(Dr. Bernhard (CSU): So ist es! – Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Köhler hatte vor einigen Wochen gefragt – ich sage bewusst: verständlicherweise –: Wie viele Tschetschenen gibt es, die in Bayern leben? Ich musste antworten, ich weiß das nicht, weil wir nur die Staatsangehörigkeit russisch erfasst haben. Ich meine, das ist nicht in Ordnung; denn jeder weiß, dass es eine völlig unterschiedliche Situation ist, ob ein Russe oder ein Tschetschene bei uns lebt, auch wenn letzterer einen russischen Pass hat. Es muss uns mit Sorge erfüllen, dass zwei Bürger, ein Deutscher aus Ulm und ein Deutscher aus Neu-Ulm – der eine ist gebürtiger Tunesier, der andere gebürtiger Türke –, im Krieg in Tschetschenen gefallen sind. Das haben uns die Russen mitgeteilt. Der eine war also ein bayerischer Bürger aus Neu-Ulm mit tschetschenischer Herkunft. Dass wir solche Ethnien nicht speichern dürfen, ist unverantwortlich.

Sollte es – was wir nicht hoffen und worüber wir im Augenblick auch keine Erkenntnisse haben – im Irak zu Auseinandersetzungen kommen, müssen wir doch wissen, ob es sich bei den Zigtausenden von Irakern, die wir heute im Lande haben, um Kurden handelt, die vor Sadam Hussein geflohen sind, oder ob es sich um Leute handelt, die Sadam Hussein ganz bewusst in Europa positioniert hat, um den Krieg ins Land zu bringen. Das kann im Ausländerzentralregister bisher nicht gespeichert werden. Es ist dies ein unentschuldigbares Versäumnis, das nur durch die rot-grüne Ideologie zu erklären ist.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen eine in Europa abgestimmte Sicherheitspolitik. Zwar haben die Ausgleichsmaßnahmen für den Wegfall der Grenzkontrollen sich grundsätzlich bewährt, aber wir brauchen noch zusätzliche Schritte. Wir sind – das will ich auch noch deutlich sagen – durch das Schengener Informationssystem, das die wesentliche europäische Ausgleichsmaßnahme für den Wegfall der Grenzkontrollen darstellt, in der Tat einen großen Schritt nach vorn gekommen. Dass aber das SIS bei weitem noch nicht so ausgebaut ist, wie es notwendig wäre, insbesondere dass es nicht zulässig ist, die Verbindung zwischen Sach- und Personendaten anzugeben, ist unbefriedigend; denn jeder Fachmann weiß, dass eine Fahndung erst durch möglichst viele Verbindungen Erfolg zeigen wird. Heute geht es so: Der oder die in einem roten Porsche ist Angehöriger oder Angehörige einer OK-Gruppierung. Wir dürfen im Schengener Informationsdienst den Porsche mit dem Kennzeichen speichern und in einem anderen Bereich kann dann die Person gespeichert werden. Aber es darf auf europäischer

Ebene eben keine Verbindung zwischen Sachfahndung und Personenfahndung hergestellt werden. Das sind Defizite, die wir uns dauerhaft nicht leisten können. Insbesondere wenn die EU-Erweiterung kommt, halte ich eine solche Verbindung für unabdingbar. Denn jeder von uns weiß, dass es in den östlichen Nachbarländern leider noch kein den Normen der Europäischen Union entsprechendes Sicherheitssystem gibt und dass die Stabilisierung des Sicherheitsapparates hier in der Tat noch weiter vorangetrieben werden muss.

(Glück (CSU): Günther, du hast eine begrenzte Redezeit!)

– Ich weiß es. Ich werde sie ganz präzise einhalten.

(Heiterkeit bei der CSU)

Herr Fraktionsvorsitzender, der Herr Wissenschaftsminister, dem ich danke, dass er sich hierher gesetzt hat, hat gesagt, wenn er zu husteln beginne, wüsste ich, dass ich aufhören muss.

(Heiterkeit – Glück (CSU): Du hast viele Ideengeber in deinem Ressort!)

Noch ein Punkt, auf den ich hinweisen möchte, weil ich das für eine zentrale Frage halte: Wir wollen die Osterweiterung; sie wird in diesen Tagen wohl beschlossen werden, und sie ist auch notwendig. Aber aus Sicherheitsgründen will ich deutlich darauf hinweisen, dass die Osterweiterung nicht gleichzeitig „Wegfall der Grenzkontrollen“ heißen darf. Vielmehr muss das System in Europa, das bisher gegolten hat und das aus meiner Sicht unabdingbar auch für die nächsten Jahre gelten muss, so lange erhalten bleiben, bis die Schengener Standards erreicht sind und dauerhaft eingehalten werden. Erst dann dürfen die Grenzkontrollen wegfallen, wie das bei Österreich der Fall gewesen ist. Darüber gibt es im Moment härteste Diskussionen. Aber wir müssen hier unsere Fragen mit einbeziehen.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich noch darauf hinweisen, meine Damen und Herren, dass neben diesem einen Schwerpunkt die Frage der Alltagskriminalität der zweite Schwerpunkt ist. Ich will hier andeuten, dass wir nach den Zwischenständen der Kriminalstatistik mit Fug und Recht sagen können, dass wir im Jahr 2002 unseren Ruf als das sicherste Land in Deutschland deutlich ausbauen konnten. Ich sage das mit großer Freude. Nachdem gestern dargestellt wurde, dass die meisten anderen Länder im Jahr 2002 einen dramatischen Kriminalitätsanstieg hatten, werden wir, wie sich andeutet, allenfalls Stagnation, möglicherweise sogar einen Kriminalitätsrückgang haben. Bei der Aufklärungsquote sind wir im traditionellen bayerischen Rahmen. Das heißt, wir sind mit noch deutlicherem Vorsprung als bisher nach wie vor die Marktführer bei der inneren Sicherheit.

Das hat etwas damit zu tun, dass wir Sicherheitswachen einführen, dass wir eine gute Zusammenarbeit mit der Bevölkerung haben, dass wir eine bürgernahe Polizei haben. Wir werden deswegen auch in diesem Parlament

intensiv die Anmerkungen des Obersten Rechnungshofes hinsichtlich der Schließung von Kleindienststellen zu diskutieren haben. Ich halte es – jedenfalls als vorläufige Meinung, natürlich muss das im Parlament diskutiert werden – nicht für den richtigen Weg, kleinere Dienststellen zu schließen.

(Beifall bei der CSU)

Allerdings versuchen wir die Effizienz dadurch zu steigern, dass wir in der Nacht die Zahl der besetzten Dienststellen reduzieren, damit die Polizisten nicht ihre Dienststelle, sondern die Bürger draußen vor Ort bewachen. Dazu sollten wir aber noch intensive Gespräche führen.

Ein weiterer Punkt ist das Schulschwänzerprogramm als frühzeitigste Präventionsmaßnahme. Das niedersächsische Forschungsinstitut des jetzigen Justizministers Prof. Pfeiffer hat in einer großartigen Weise unsere bayerische Linie bestätigt. In der letzten Ausgabe des „Spiegels“ wurde das in einem großen Artikel als die zentrale Maßnahme der frühzeitigen Prävention im Kampf gegen Verwahrlosungserscheinungen bezeichnet.

Das beweist insgesamt, dass unsere Richtung stimmt. Diese Richtung heißt: Wehret den Anfängen und nicht lange zuschauen!

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das Zuwanderungsgesetz wäre ein zweiter Schwerpunkt. Ich werde das aber sehr kurz machen, weil wir abwarten müssen, wie am 18. Dezember die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aussehen wird. Viele Planungen sowohl zur Frage Integrationskurse, Sprachkurse als auch zu den Aufenthaltsrechten werden dann zu entscheiden sein. Insbesondere wird es eine spannende Frage, wie es weitergeht, wenn das Zuwanderungsgesetz aufgehoben werden sollte. Es ist gestern gesagt worden, dass gerade hinsichtlich der deutlichen Erleichterung der Zuwanderung zum Zwecke der Arbeitsaufnahme die jetzige Situation nicht mehr mit dem übereinstimmt, was die Grundlage des Zuwanderungsgesetzes gewesen ist. Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Herr Schapper, hat gesagt, auch hinsichtlich der Green Card habe sich der Arbeitsmarkt total verändert. Ich bin also sehr gespannt. Sollte das Bundesverfassungsgericht so entscheiden, wie manche in den Medien das erwarten, wird es eine spannende Frage werden, wie die Bundesregierung weiter verfährt. Das wollen wir abwarten und entscheidend mitgestalten, aber ich brauche diese Fragen heute hier nicht zu vertiefen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Manuskript liegt ja vor, sodass ich zunächst das zur Grundlage machen kann, was schriftlich vorgelegt ist. Aber ich will ganz bewusst nicht die Praxis der früheren Haushaltsreden wiederholen, alle Bereiche des eigenen Hauses anzusprechen. Das ist in den Reden und in den Unterlagen enthalten. Ich will mich in der parlamentarischen Debatte auf einige wenige Schwerpunkte konzentrieren.

Der zweite große Schwerpunkt, den ich ansprechen will, sind die kommunalen Finanzen. Wir haben nach meiner

Überzeugung in der Tat die größte Krise der kommunalen Finanzen seit Gründung der Bundesrepublik. Ich verhehle nicht, dass wir auch in Bayern eine schwierige Situation haben. Aber ich halte es entweder für von Unkenntnis oder von Unwahrheit geprägt, wenn man die Situation der bayerischen Kommunen in der gleichen Weise darstellt wie beispielsweise die der Kommunen in Niedersachsen oder in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn in der gestrigen Besprechung der Innenministerkonferenz – sie dauert heute früh noch an, Kollege Regensburger ist dort – von Vertretern anderer Länder geschildert wurde, dass die Mehrzahl der Kommunen nicht mehr über einen ausgeglichenen Haushalt verfügt, wenn von Nordrhein-Westfalen dargestellt worden ist, dass ein Drittel der Kommunen an Sanierungsvereinbarungen gebunden ist, wenn eine drastisch zunehmende Zahl der Kommunen keine einzige Überweisung und Auszahlung mehr vornehmen kann, ohne dass die Rechtsaufsichtsbehörde gegenzeichnet, dann ist kommunale Selbstverwaltung in ihrem Bestand bedroht. So weit ist es bei uns nicht, aber auch bei uns ist die Situation der kommunalen Finanzen schwierig.

Ich als Innenminister will an dieser Stelle ausdrücklich dem bayerischen Finanzminister Kurt Faltlhauser ein Dankeschön sagen. In der schwierigsten Zeit hat er es fertiggebracht, dass die Haushalte im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden beschlossen worden sind. In der letzten Runde habe ich selber mit meinem eigenen Haushalt mit 1 Million Euro bluten müssen, um zu einem Kompromiss zu kommen. Aber das zeigt, dass wir unter allen Umständen deutlich machen wollen: Wir sind die Partner der Kommunen und wir wissen, dass sich die Demokratie von den Kommunen her aufbaut, dass kommunale Selbstverwaltung ein zentrales Element des Aufbaus des Staates ist und dass bei der kommunalen Selbstverwaltung auch bestimmte Spielräume notwendig sind.

Wir werden uns in den nächsten Wochen hier noch mit der Frage der Konnexität und mit der Frage, wie wir mit der praktischen Ausgestaltung der Konnexität umgehen, beschäftigen.

Wir haben – das will ich hier sehr deutlich sagen – auch die Bundesratsinitiative mit auf den Weg gebracht, deren Ziel es ist, die Gewerbesteuerumlage nicht ansteigen zu lassen, sondern auf den Stand vor der Steuerreform zu halten. Denn bei der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage war man davon ausgegangen, dass dies eine kostenneutrale Maßnahme sein werde. Bekanntlich sollten durch Reduzierung der Abschreibungssätze die Bemessungsgrundlagen verbreitert werden. Wir halten eine Senkung der Gewerbesteuerumlage für unabdingbar. Wenn uns entgegengehalten wird, wir sollten selber vorab das Geld ausbezahlen, so weiß jeder von Ihnen, dass die Finanzbeziehungen auch zwischen Bund und Ländern in einer Gesamtheit zu sehen sind, dass uns also die Verbesserung der Länderfinanzen durch diese Umlage gegengerechnet wird, sodass eine solche Maßnahme den Landeshaushalt in doppelter Weise treffen würde, und das hilft uns nicht weiter.

Auch aus meinen Ausführungen zu den Investitionen der Obersten Baubehörde ist zu erkennen, dass auch wir als Land in massiven Finanzschwierigkeiten sind. Deswegen ist das etwas, was den Kommunen helfen würde, weil aufgrund dessen auch die Finanzbeziehungen Bund – Land zu ändern sind. Aber wir sind hier bisher leider nicht weitergekommen.

Beim kommunalen Unternehmensrecht haben wir auch deutlich gemacht, dass wir den Kommunen Spielräume gewähren und die kommunale Selbstverwaltung stärker ausgestalten. Wir können als Bilanz feststellen, dass wir in den vergangenen Jahren die Rechtsaufsicht über die Kommunen deutlich verändert haben. Während früher die rein rechtliche Kontrolle der Satzungen im Mittelpunkt gestanden hat, wobei es darum gegangen ist – ich überzeichne das einmal –, ob ein Komma in der Satzung falsch gesetzt ist und auch der kleinste Fehler beanstandet werden musste, haben wir eine deutliche Veränderung in Richtung einer Beratungsaufsicht. Wir beraten also die Kommunen, die zweckmäßigsten Wege zu finden. Das wird auch von den kommunalen Spitzenverbänden einhellig sehr begrüßt. Auf diesem Weg sollten wir, meine ich, weiter gehen. Das ist auch ein ganz moderner Weg. Auch die Unternehmen reden von Outsourcing, von der Bildung einzelner Selbstrechneinheiten. Wir haben eben nicht wie Frankreich einen Zentralstaat, sondern wir sehen auch in Bayern die kommunale Selbstverwaltung als ein zentrales Strukturelement an.

Einen dritten Schwerpunkt bilden gerade nach dem Hochwasser Katastrophenschutz, Feuerwehr sowie Rettungs- und Sanitätsdienst. Ich will auch in diesem Parlament sagen, dass ein Jahr hinter uns liegt, in dem unsere Hilfsorganisationen außerordentlich gefordert waren. Zigttausende von Feuerwehrleuten und Mitarbeitern der Hilfsorganisationen waren bei den Hochwasserkatastrophen in Bayern im Einsatz. Über der großen Flut vom August darf nicht vergessen werden, dass es auch vorher kleinräumigere Hochwasserereignisse gegeben hat. Wir haben bei diesen verschiedenen Katastrophen einen großartigen Einsatz von Zigttausenden von aktiven Kräften gehabt. Es ist ein riesiges Geschenk unserer Gesellschaft, dass sich Leute persönlich einbringen.

(Beifall bei der CSU)

Wir schulden all denen, die sich darauf vorbereiten, im Notfall eingesetzt zu werden, und die sich auf Notfälle vorbereiten, ein herzliches Dankeschön. Das ist Bürgergesellschaft in ihrer besten Ausprägung.

(Beifall bei der CSU)

Wir waren natürlich auch bei den Katastrophen in den neuen Bundesländern. Wir hatten dort – das darf man hinzufügen – die höchste Zahl eingesetzter Kräfte von allen Ländern, sowohl bei der Feuerwehr als auch im Bereich des Rettungs- und Sanitätsdienstes. Die Kollegen aus Sachsen und aus Sachsen-Anhalt haben sich dafür bei den bayerischen Feuerwehren und insbesondere dem Bayerischen Roten Kreuz und den anderen Hilfsorganisationen herzlich bedankt.

Unsere Strukturen des Katastrophenschutzes haben sich bewährt, zum Beispiel dass wir eine Örtliche Einsatzleitung haben, die außerordentlich weit gehende Kompetenzen hat. Dass diese Örtliche Einsatzleitung sogar die Befugnis hat, die Bundeswehr einzusetzen, hat sich außerordentlich bewährt. Damit ist ein Verantwortlicher vor Ort, der die Situation vor Ort kennt und alle Kräfte synchronisiert einsetzen kann. Derjenige, der daran Zweifel hat, dem empfehle ich, die Einsatzleitung des Passauer Oberbürgermeisters zu vergleichen mit der Einsatzleitung in Dresden, wo unterschiedliche Kräfte unterschiedliche Anweisungen gegeben hatten, sodass in einer Nacht gleichzeitig bei uns mehrere Hundert Kräfte des Sanitätsdienstes angefordert wurden und gleichzeitig andere Kräfte weggeschickt wurden von anderen Leuten. Da bewährt sich eine örtliche Einsatzleitung, die trägt die Verantwortung für den Gesamteinsatz vor Ort.

(Wahnschaffe (SPD): Wer regiert denn in Sachsen? Die haben doch immer noch die alten Strukturen!)

– Herr Kollege, ich bitte um Verständnis, wenn ich sage: Mir geht es bei dieser Haushaltsrede, wie Sie wahrscheinlich auch merken, nicht etwa um billige Polemik, die man schon auch führen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

Mir geht es darum, beim Katastrophenschutz ohne blinde Parteipolitik zu überlegen: Ist es sinnvoll, was wir haben? Ich halte es nicht für richtig, dass Politiker sich auf dem Rücken von Leuten streiten, die sich selber massiv einsetzen und dabei ihre Gesundheit riskieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich meine, wir können uns über andere Fragen streiten. Aber gerade beim Katastrophenschutz sind Sie im wahrsten Sinne des Wortes auf dem linken Fuß erwischt worden.

(Beifall bei der CSU – Wahnschaffe (SPD): Sie haben das doch eingebracht!)

Die Strukturen haben sich als richtig herausgestellt. Aber ich verhehle nicht, dass es aus meiner Sicht notwendig ist, zu einer stärkeren Information und Koordination auch auf Bundesebene zu kommen, wenn länderübergreifende Strukturen im Katastrophenschutz gefordert sind. Hier hat die Nürnberger Feuerwehr im Bereich der Koordination der Sandsäckebeschaffung aus ganz Europa gute Arbeit geleistet. Aber hier müssen Strukturen geschaffen werden und ich sehe auch, dass der Bund in diese Richtung denkt.

Bei der einheitlichen Notrufnummer 112 sind wir weitergekommen. Wir werden allerdings unsere Anstrengungen noch zu verstärken und zu beschleunigen haben, damit die Beschlüsse vor Ort gefasst werden können. Wir werden in Kürze, wohl noch in diesem Monat, eine Mustersatzung für die Umgestaltung der Rettungszweckverbände herausbringen. Ich hoffe, die Zeit ist für die Diskussion vor Ort schon genutzt worden. Denn das

Argument, dass man noch nicht entscheiden kann, weil die Satzung noch nicht da ist, ist vorgeschoben. Denn die eigentlichen Entscheidungen werden nicht über Satzungseinzelheiten gehen, sondern zu der Frage: Wer ist der Träger und wo findet die Leitstelle ihren Sitz? Diese Fragen konnten alle schon vorbereitet werden, aber das sind natürlich die eigentlich strittigen Fragen.

Nächster großer Schwerpunkt ist das Bauwesen. Im Bereich der Obersten Baubehörde haben wir natürlich schmerzliche Bremsspuren infolge der schwierigen Haushaltssituation insgesamt festzustellen. Mit Ausgaben im Jahr 2002 für Bund und Land in Höhe von fast 1,2 Milliarden € bildet der staatliche Hochbau einen Schwerpunkt bei den Investitionen in Bayern. Die Konsolidierung zwingt zu Kürzungen. Diese Kürzungen fallen bei uns im Vergleich mit anderen Ländern eher noch moderat aus. Aber ich verhehle nicht, dass mir die Kürzungen große Sorgen machen, gerade weil mittelständische Firmen in besonderer Weise von staatlichen und kommunalen Aufträgen abhängen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bei den Bundesautobahnen sind in der Regel Großkonzerne beteiligt, aber die kleineren Firmen hängen von den Aufträgen des Staates und der Kommunen ab. Da ist es auch unter konjunkturellen Aspekten außerordentlich problematisch, dass wir auch bei uns drastische Einsparungen vornehmen müssen. Ich betone „müssen“, weil das nicht Fragen der eigenen Gestaltung sind, dass man sagt, man will sparsam sein. Wir hätten deutlich höhere Bedürfnisse, aber wir können das im Einzelnen nicht entsprechend bedienen, weil schlicht und einfach das Geld fehlt.

Im Bereich der Wohnraumförderung, wo wir eine außerordentlich starke Reduzierung der Baumittel haben, ist das besonders eindrucksvoll. Ich muss hinzufügen, dass durch die Kreditprogramme der Landesbodenkreditanstalt noch eine Ergänzung jenseits dieses Haushaltes besteht. Das erleichtert es etwas, weil wir diese mit Mitteln aus dem Gewinn der Landesbank verbilligten Darlehen geistig hinzurechnen können. Aber wir haben eine deutliche Reduzierung der Mittel in der sozialen Wohnraumförderung, jedoch nicht ganz in der Höhe wie der Bund. Der Bund hat in der letzten Legislaturperiode seine Mittel für den sozialen Wohnungsbau um über 50% gekürzt. Ich sage das bereits jetzt vorbeugend in Richtung der SPD und der GRÜNEN. Ich weiß natürlich, dass Sie das scharf kritisieren werden, und ich bin sogar dankbar dafür, dass wir damit eine Unterstützung für unsere Anliegen haben. Aber derjenige, der das beim Bund in größerem Umfang zu verantworten hat, ist nicht mit der extremsten Glaubwürdigkeit versehen, wenn er die Kürzungen bei uns für völlig unverträglich hält.

Da die Eigenheimzulage für Familien zum Erwerb von Eigentum eine besondere Rolle spielt, hebe ich hervor, dass sich die Kürzung dieser Maßnahmen dort weit verheerender auswirkt als die Frage, ob bei uns für eine Familie mit einem Kind das Darlehen über den sozialen Wohnungsbau 17 000 oder 23 000 € beträgt. Es ist schmerzlich, wenn wir zu Reduzierungen kommen. Aber

die Reduzierung der Eigenheimzulage hat eine weit schlimmere, größere Bedeutung.

Zur Städtebauförderung habe ich im Innenausschuss einen umfangreichen Bericht gegeben, an den sich eine umfangreiche Diskussion anschloss. Ich will deshalb nur anführen, dass Städtebauförderung eine außerordentliche Bedeutung hat und wir hier in der Tat gute Arbeit leisten. Auf diesem Weg können wir weitergehen, nicht ganz in derselben Geschwindigkeit, aber auch ohne allzu deutliche Bremsspuren.

Einen dritten Bereich des Baurechts will ich ansprechen, weil das mit dem Landtag in engster Verbindung stand. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir waren die Pioniere bei der Reduzierung der Bürokratie im Bauwesen. Die Bayerische Bauordnung hat eine drastische Reduzierung der Bürokratie gebracht und ich stelle fest, das hat sich außerordentlich bewährt. Es war richtig, dass die Bauordnung nicht mehr über 2000 einzelne Normen prüft, sondern dass wir das auf den sicherheitsmäßig notwendigen Kernbereich reduziert haben. Es war richtig, dass wir das Freistellungsverfahren eingeführt haben und dass bei Wohnbauvorhaben, die jetzt bis zur Hochhausgrenze gehen, keine eigentliche Genehmigung mehr nötig ist.

Es ist richtig, dass wir ein vereinfachtes Verfahren haben, bei dem nur noch eine marginale bauordnungsmäßige Prüfung erfolgt und die Baugenehmigung schneller und billiger erteilt wird. Damit können heute vier Fünftel der Bauvorhaben ein verkürztes und vereinfachtes Verfahren durchlaufen und nur noch für circa 6% gilt das herkömmliche baurechtliche Genehmigungsverfahren. Auch dort haben wir deutliche Verbesserungen. Ich kann feststellen, dass insbesondere aufgrund der Initiative unseres früheren Kollegen Kling, der sich massiv dafür eingesetzt hat, dass wir wieder mehr Gemeinsamkeit in den Bauordnungen in Deutschland bekommen, jetzt eine Musterbauordnung in der Bauministerkonferenz einstimmig verabschiedet wurde. Ich sehe es als großen Erfolg an, dass damit das bayerische Modell der Bauordnung für ganz Deutschland Vorbild geworden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kündige an: Wenn sich in irgendeinem anderen Land in Deutschland noch weitere Abbaumöglichkeiten der Bürokratie abzeichnen, möchte ich diese in die Bayerische Bauordnung übernehmen. Wir brauchen ein Benchmark-Konzept, in dem das Bauordnungsrecht am unkompliziertesten ist. Alles, was noch etwas mehr entbürokratisiert ist, soll Vorbild für uns werden. Wir werden dies aber nicht schematisch übertragen, sondern auch die Gesichtspunkte der Sicherheit und der Baukultur berücksichtigen. Im Prinzip wollen wir aber das einfachste, unbürokratischste und damit flexibelste Baurecht für ganz Deutschland schaffen, und ich bitte euch dabei um eure Unterstützung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der letzte Punkt, den ich noch ansprechen will, betrifft den Straßenbau. Die zentralen Fragen hinsichtlich der Infrastruktur unseres Landes sehen wir beim Bundesfernstraßenbau. In dieser Woche hatten wir ein Kaminesgespräch bei Herrn Bundes-

verkehrsminister Stolpe, das in einer sehr guten Atmosphäre abgelaufen ist, von den Inhalten allerdings weniger gut gewesen ist. Nachdem sich abzeichnet, dass die Lkw-Maut im Jahr 2003 allenfalls marginale Erträge erbringt, entsteht für uns ein Riesenproblem, weil deshalb die Baumaßnahmen des Anti-Stau-Programms nicht finanziert werden können. Herr Bundesverkehrsminister Stolpe hat erklärt, dass er im Moment noch keine Lösung sieht, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden könnte. Ich weise hier ausdrücklich darauf hin, gerade auch in Richtung Opposition: Wenn es bei dieser Aussage bleibt, werden wir stillgelegte Baustellen haben, werden wir im nächsten Jahr keine neue Baumaßnahme beginnen können, weil wir einen deutlichen Finanzierungsüberhang haben – alles mit dem Bund abgestimmt –, zum Beispiel bei der A 99 um München herum und die Refinanzierung über Anti-Stau-Mittel nicht kommt, weil erwartet wird, dass im nächsten Jahr die Lkw-Maut-Einnahmen für ganz Deutschland unter 20 Millionen € liegen werden.

Dies hätte eine weitere Reduzierung der Aufträge für die Bauwirtschaft zur Folge und brächte die Verkehrsinfrastruktur in keiner Weise voran. Darum ist es für mich völlig unverständlich, liebe Kollegen von der SPD, dass keine Bereitschaft besteht, die Hunderte von Millionen Euro im Verkehrshaushalt, die heuer von der Bahn nicht ausgegeben werden, weil die Bahn auch bei den Baumaßnahmen Verspätung hat, wenigstens übergangsweise auszugeben, bis die Lkw-Maut kommt; dann kann dies ja wieder zurückgeführt werden. Dies ist meines Erachtens eine ideologische Verblendung, die sowohl die Baukonjunktur weiter abwürgt als auch die Verkehrsinfrastruktur in unserem Lande dramatisch gefährdet.

Wir brauchen auch neue Finanzierungsmodelle. Mein Haus hat an der Entwicklung der so genannten A- und B-Modelle nach dem Bundesfernstraßengesetz mitgearbeitet. Ich möchte mich bei Herrn Poxleitner und seinen Leuten herzlich dafür bedanken, diese Modelle mitentwickelt zu haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss sagen: Wir haben exzellente Fachleute. Ich glaube auch – ich sage das hier ganz bewusst –, dass gerade beim Straßenbau nicht nach rot oder schwarz gefragt wird. Die Mitarbeiter des Hauses nehmen alle Abgeordneten in einer extrem kooperativen Weise ernst und versuchen, deren Anliegen positiv in die Verfahren einzubringen. Wir wissen, dass wir ohne die Mithilfe der verantwortlichen Mandatsträger die Öffentlichkeit für entsprechende Maßnahmen nicht gewinnen können, weil jede Maßnahme auch Belastete hat. Deshalb will ich auch den Mitarbeitern von dieser Stelle aus ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU)

Beim Staatsstraßenbau hat die Fraktion in Zeiten knapper Kassen deutliche Schwerpunkte gesetzt; in einem der Abänderungsanträge ist sogar eine pädagogische Maßnahme in Richtung Innenminister enthalten. Ich bedanke mich dafür, den Staatsstraßenbau als wichtige Maßnahme aufrechtzuerhalten. Wir befinden uns auf

einem Weg, auf dem in Zeiten knapper Kassen das System Staatsstraßen entsprechend verbessert wird. Auch hier muss ich sagen: Es könnte schneller gehen, aber wir können nicht mehr ausgeben, als wir haben. Es wird aber in vernünftiger Weise gearbeitet. Dass wir das auch über entsprechende technische Maßnahmen optimal umsetzen, können Sie in der schriftlichen Rede nachlesen.

Wir finanzieren die kommunalen Straßen zeitnah und ohne Zwischenfinanzierungen. Meine Vorgabe ist, lieber bei den Fördersätzen ein paar Prozentpunkte herunterzugehen, dann aber die Finanzierung zeitnah erfolgen zu lassen. Dies kann gehalten werden. Staatsstraßen in kommunaler Sonderbaulast stellen sich dabei als eine zentrale Maßnahme heraus. Ich bedanke mich beim Landtag für die Verlängerung dieser Maßnahme und bitte auch, mit den kommunalen Mandatsträgern, insbesondere mit den kommunalen Spitzenverbänden intensiv darüber zu reden, weil dort die Begeisterung für diese Maßnahme nicht so groß ist wie hier im Parlament und bei den einzelnen betroffenen Kommunen. Ich möchte nicht, dass diese Maßnahme gefährdet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Rahmendaten von Wirtschaft und Finanzen zwingen uns zu deutlichen Einschränkungen. Wir müssen den Mut haben, das auch den Bürgern zu sagen. Es geht darum, die Prioritäten in schwieriger Zeit richtig zu setzen. Erst in der Krise zeigt sich die Qualität einer Verwaltung. Unsere Bürger können sich darauf verlassen, dass eine leistungsfähige innere Verwaltung für sie da ist und eine hochmotivierte, einsatzbereite Polizei für ihre Sicherheit sorgt. Ich habe Verständnis für manches, was jetzt von den Mitarbeitern als Unmut in den Diskussionen über die Bezahlung des öffentlichen Dienstes geäußert wird, weil manches, was da an Sonderopfern erscheint, die Leute in große Unsicherheit versetzt. Jeder muss aber wissen: Wir können nicht mehr ausgeben, als wir haben. Deswegen sage ich: Wir müssen auch bei den Mitarbeitern für Verständnis werben, dass bei leeren Kassen Schwierigkeiten entstehen. Diese Schwierigkeiten dürfen aber nicht einseitig zulasten des öffentlichen Dienstes gehen; sie dürfen nicht einseitig zulasten der Beamten gehen; sie dürfen nicht einseitig zulasten der Polizei gehen.

Ich danke den Mitarbeitern dafür, dass sie wirklich qualifizierte Arbeit leisten. Als abschließende Bemerkung richte ich meinen Dank an ein Haus mit über 1000 Mitarbeitern, die hoch engagiert sind. In der gesamten Verwaltung, der inneren Verwaltung und den Bauämtern tun ganz überwiegend außerordentlich engagierte Leute ihren Dienst, um auch in Zeiten knapper Kassen für den Bürger die besten Dienstleistungen zu erbringen. Ich hoffe, dass wir sie dabei gebührend unterstützen und die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Ich bitte um eine freundliche Diskussion meines Haushalts. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Redezeit von zwei Stunden festgelegt. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 56

Minuten, auf die SPD-Fraktion 40 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 24 Minuten. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Das Wort hat Frau Kollegin Schmitt-Bussinger.

**Frau Schmitt-Bussinger** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrter Herr Staatsminister Dr. Beckstein, meine Damen und Herren! Die Gewährleistung innerer Sicherheit ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Innenpolitik. Kernaufgabe des Staates ist es, seine Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität zu schützen. Ein Leben ohne kriminelle Bedrohung gehört zu den unverzichtbaren Rahmenbedingungen individueller, beruflicher und persönlicher Entwicklung.

Seit dem 11. September 2001 hat sich das Gefühl von Bedrohung, hat sich aber auch die Bedrohungslage in Deutschland selbst verschärft, und mit einer Entspannung ist in Anbetracht der jüngsten Terroranschläge auch nicht zu rechnen. Die Bundesregierung – hier insbesondere Bundesinnenminister Otto Schily – hat mit der Verabschiedung des Sicherheitspaketes entschlossen gehandelt.

Mit dem am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Terrorismusbekämpfungsgesetz wurden zahlreiche Sicherheitsgesetze der neuen Bedrohungslage angepasst. So kann zum Beispiel die Einreise terroristischer Straftäter nach Deutschland verhindert werden. Identitätssichernde Maßnahmen im Visumverfahren wurden verbessert.

Die Rasterfahndung wird wirkungsvoller gestaltet. Durch die Abschaffung des Religionsprivilegs können die Aktivitäten extremistischer Ausländervereine in Deutschland unterbunden werden. Erst vor wenigen Tagen hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Klage gegen das schon vor einem Jahr verhängte Verbot des Kalifstaates abgewiesen. Dieses Urteil bestätigt das harte und konsequente Vorgehen der Bundesregierung gegen extremistische Vereine und Vereinigungen. Die laute Kritik von CSU und Bayerischer Staatsregierung, die Bundesregierung hätte nicht ausreichend auf die veränderte Sicherheitslage reagiert und zuwenig getan ist vollkommen unangebracht und entspricht auch nicht den Tatsachen.

(Beifall bei der SPD)

Tatsache ist vielmehr, dass die Terrorismusbekämpfungsgesetze die Weichenstellung für eine konsequente und effektive Sicherheitspolitik in Deutschland und darüber hinaus vornehmen. Von Beginn des Jahres 2003 an werden zum Beispiel in den Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland neue Visa ausgegeben. Sie enthalten ein hoch sicheres integriertes Lichtbild und erlauben damit eine verbesserte Identitätskontrolle des Antragstellers im In- und Ausland. Dies ist ein erheblicher sicherheitspolitischer Fortschritt. Damit nimmt Deutschland innerhalb der Europäischen Union eine Vorreiterrolle ein. Die Mitgliedstaaten der EU haben sich auf Initiative Deutschlands auch verpflichtet, innerhalb der nächsten fünf Jahre einheitliche lichtbildintegrierte Visa einzuführen. Die rechtzeitig vor der Bundestagswahl von den Sicherheitsexperten der CSU verkündeten

Nachbesserungsanträge zu diesem Bereich waren damals und sind auch heute noch vollkommen überzogen und mit Datenschutz und geltendem Recht nicht zu vereinbaren.

Ich will auf eines der von Ihnen, Herr Minister, genannten Beispiele eingehen: Sie fordern die Regelanfrage im Einbürgerungsverfahren bzw. vor Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Bereits nach geltender Rechtslage darf ein Aufenthaltstitel nur dann gewährt werden, wenn kein Ausweisungsgrund vorliegt. Darüber hinaus ist der notwendige Informationsaustausch zwischen Sicherheitsbehörden und Ausländerbehörden durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz sichergestellt. Glauben Sie denn ernsthaft, andere Bundesländer hätten kein Interesse daran, extreme oder gewaltbereite Ausländer auszuweisen bzw. diese nicht einzubürgern? Denn genau das kritisieren Sie in Ihren Nachbesserungen. Aber so ist leider die Strategie bayerischer Sicherheitspolitik: Härte und Handlungsfähigkeit wird demonstriert, und zwar um jeden Preis.

Ich denke, wir brauchen kein Sicherheitspaket 3. Was wir brauchen ist die Umsetzung der Sicherheitspakete 1 und 2.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister Dr. Beckstein, ich fordere Sie auf, die Übernahme polizeilicher Aufgaben durch die Bundeswehr nicht weiter zu verfolgen. Sie tun dies, obwohl Sie wissen, dass verfassungsrechtliche Gründe dagegensprechen. Sie fordern es, weil das zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit ausgebildete Personal, nämlich unsere Polizistinnen und Polizisten, so mit Aufgaben überfrachtet ist, dass die zusätzliche Bedrohungslage durch das vorhandene Polizeipersonal gar nicht abgedeckt werden kann. Sie haben darüber hinaus seit Jahren in sträflicher Weise die Einstellung junger Nachwuchskräfte vernachlässigt. Es ist daher kein Wunder, dass Ihnen Polizeipersonal fehlt. Es ist auch kein Wunder, dass Sie die Verantwortung auf den Bund schieben; das tun Sie öfter und auch gerne.

Herr Ministerpräsident Stoiber hat im vergangenen Jahr vollmundig – wie wir es von ihm gewohnt sind – das Sicherheitskonzept Bayern angekündigt. Es sollte mit 200 Millionen €, verteilt auf fünf Jahre ausgestattet sein. Es wurde von Ihrer Seite, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU – wie könnte es anders sein – als das größte Ländersicherheitspaket tituliert. Mit den im Rahmen dieses Sicherheitspaketes neu geschaffenen Stellen sollte die Präsenz der Polizei weiter gesteigert werden, es sollten Ermittlungen intensiviert, Verdächtige stärker observiert und die Schleier- und Rasterfahndung noch effizienter durchgeführt werden. Es wurden zwei Sonderprüfgruppen „Geldwäsche“ für München und Nürnberg angekündigt und die Steuerverwaltung sollte dafür 50 neue Stellen erhalten. Diese Liste der Ankündigungen ließe sich noch lange fortsetzen.

Ich frage Sie, Herr Minister, was haben Sie denn umgesetzt? Welche Ankündigungen sind denn bereits Realität? Was die Steigerung der Präsenz der Polizei betrifft, ist auf der ganzen Linie Fehlanzeige zu vermelden. In

keiner Dienststelle gibt es mehr Personal. Dort fragt man sich vielmehr, wo die angekündigten Stellenmehrungen denn versickert sein könnten. Es liegt leider die Vermutung nahe, dass die erst jüngst eingeläuteten sogenannten Modellprojekte zur nächtlichen Schließung von Inspektionen zeigen, wo das fehlende Personal für die angekündigte Höherpräsenz auf der Straße hergeholt wird, nämlich aus den Inspektionen selbst. Diese sogenannten Modellprojekte sollen dann auch noch als Erfolg verkauft werden, und zwar als Erfolg für mehr Sicherheit auf der Straße, obwohl – das wissen wir alle – dieses Vorhaben einzig und allein aus der Not geboren ist. Dieses Modellprojekt ist nichts anderes als ein reiner Marketinggag.

(Beifall bei der SPD)

Die Aussage – auch aus Ihrem Munde, Herr Minister Beckstein –, diejenigen Polizisten, die nachts in einer Polizeidienststelle präsent sind, würden lediglich das Gebäude bewachen, ist eine Verhöhnung der Beamten.

Ich frage weiter: Was ist aus den angekündigten Sonderprüfgruppen Geldwäsche und den dafür notwendigen 50 neuen Stellen geworden? Man höre und staune: 30 Anwärter wurden eingestellt, die erst in drei bis vier Jahren ihre Ausbildung beenden haben und erst dann gegen Geldwäsche vorgehen können. Das ist eben – bei genauer Betrachtung – bayerische Sicherheitspolitik. Vollmundige Ankündigungen sind das eine; die Umsetzung wird dann nicht mehr ganz so ernst genommen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, ich fordere Sie auf, den Ankündigungen auch die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Wir von der SPD-Fraktion werden jede einzelne der im Sicherheitskonzept Bayern angekündigten 890 Stellen einfordern.

Wenn wir die Personalsituation bei der bayerischen Polizei näher betrachten, müssen wir von einer einzigen Verwaltung des Mangels sprechen. Sie, Herr Minister, schließen nachts Dienststellen, bauen die Sicherheitswacht aus, übertragen weitere Aufgaben an die kommunale Verkehrsüberwachung und das nur, um die Personalnot zu kaschieren. Dass die Arbeit unserer bayerischen Polizei trotzdem relativ gut funktioniert, ist zum großen Teil dem riesigen Engagement, das die Polizistinnen und Polizisten aufbringen, zu verdanken.

Herr Minister, nehmen Sie die Warnungen vor einem personellen Kollaps ernst. Nehmen Sie es ernst, wenn die Polizeistreife zu nächtlichen Ruhestörungen oder kleinen Unfällen nicht mehr kommen kann. Nehmen Sie es ernst, dass, obwohl bereits 440 Polizistinnen nicht zur Verfügung stehen, weil sie Mütter sind, nur 230 Stellen im Pool zum Ausgleich dafür da sind. Nehmen Sie es ernst, wenn eine Pensionierungswelle von Polizeibeamten auf uns zurollt, die heute schon Neueinstellungen erforderlich macht. Nehmen Sie es ernst, wenn die Lücke zwischen Sollstärke und Iststärke bzw. den tatsächlich zur Verfügung stehenden Polizeikräften immer weiter auseinanderklafft. Demotivieren Sie die Polizistinnen und Polizisten nicht dadurch, dass Leistungsanreize

abgeschafft, Beförderungsmöglichkeiten ausgesetzt und die Arbeitszeit erhöht wird, während gleichzeitig Gelder in Hülle und Fülle für die Propagandaabteilung der Staatsregierung, nämlich der Staatskanzlei vorhanden sind und auch noch aufgestockt werden.

(Beifall bei der SPD)

Handeln Sie, Herr Minister, und tragen Sie den unausweichlichen Personalmehrungen Rechnung. Es geht schließlich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch ein paar Gedanken zur Kriminalität von Kindern und Jugendlichen zum Ausdruck bringen. Bundesweit sank die Zahl der tatverdächtigen Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden in den letzten Jahren. In Bayern stieg sie im Jahr 2001 um 3,4%. Dabei spielen jugendliche Intensivtäter eine entscheidende Rolle. Über 80% der Straftaten dieser Altersgruppe werden von einem „harten Kern“ begangen.

Herr Minister, die SPD-Fraktion befürwortet ausdrücklich den Einsatz von Jugendkontaktbeamten, Schulverbindungsbeamten und den personenorientierten Ermittlungsansatz. Wir befürworten und unterstützen die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, Richtern, Jugendhilfe und Schulen. Wir begrüßen ausdrücklich das Schulschwänzer-Projekt in Nürnberg, das Projekt „Prävention im Team“ und viele der Projekte mehr.

Nur, Herr Minister, lassen Sie die eingeleiteten Projekte und Maßnahmen nicht zu Alibiveranstaltungen verkommen. Ziehen Sie die notwendigen aber auch die richtigen Konsequenzen. Es hilft nicht, wenn Sie das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre herabsetzen, und ein „Warnschuss-Arrest“ wie Sie ihn, Kolleginnen und Kollegen von der CSU erst kürzlich wieder beantragt haben, beruhigt nur das Gewissen.

Zu tun ist vielmehr Folgendes: Etatisieren Sie endlich Jugendkontaktbeamte, Suchtberater, Schulverbindungsbeamte, damit diese den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit intensiv wahrnehmen können. Sie könne sich ruhig am Beispiel Baden-Württemberg orientieren, wo dies seit Jahren umgesetzt wird.

Führen Sie die notwendigen und richtigen Modellprojekte wie das Nürnberger Schulschwänzer-Projekt über das Versuchstadium hinaus fort – allerdings auch mit staatlichen Finanzmitteln – und führen Sie diese flächendeckend ein. Als Pädagogin – ich will das ausdrücklich sagen – halte ich das Schulschwänzer-Projekt für sinnvoll. Es hat durchaus pädagogische Dimensionen, wenn schulschwänzenden Schülern das staatliche Interesse an ihrem Tun durch polizeiliche Maßnahmen deutlich gemacht wird. Dass darüber hinaus Betreuung, Gespräche und vieles vieles mehr notwendig sind, um aus einem Schulschwänzer einen an seiner Bildung und seiner Zukunft interessierten jungen Menschen zu machen, ist, so glaube ich, uns allen klar. Erarbeiten Sie, Herr Minister, ein Konzept zum Umgang mit jugendlichen Intensivtätern aus. Eine spektakuläre Ausweisung, wie

Sie es mit „Mehmet“ gemacht haben, ist ein einziges Ohnmachtseingeständnis.

Verstärken Sie präventive Maßnahmen. Dabei müssen die vielfältigen Ursachen von Kriminalität berücksichtigt werden. Es gilt, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die die Kriminalität reduzieren. Dazu zählen eine überzeugende Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch eine integrative Ausländer- und Aussiedlerpolitik. Und nicht zuletzt: Beziehen Sie die verantwortlichen Eltern in die verschiedenen Maßnahmen ein. Gehen Sie auch hier innovative Wege. Gewähren Sie Eltern Unterstützung und Hilfe beim Umgang mit ihren oft schwierigen „Sprösslingen“, und überprüfen Sie auch Möglichkeiten, dass nicht nur auf freiwilliger Basis die Schulen den Eltern in Fragen der Erziehung helfen.

Kolleginnen und Kollegen, die Situation – hier komme ich zum zweiten Themenschwerpunkt – der bayerischen Kommunen ist in den letzten Monaten dramatisch schlechter geworden. Haushaltssperre, Investitionsstillstand und drastische Einnahmeverluste prägen das Bild. Zu dieser Zustandsbeschreibung herrscht noch Einigkeit im Parlament. Bei der Ursachenforschung und den zu ziehenden Konsequenzen liegen wir jedoch meilenweit von einander entfernt. Wie es nicht anders zu erwarten war, suchen Sie die Verantwortlichen alleine in Berlin. Sie benutzen die weltwirtschaftliche Krise und die Probleme einzelnen Branchen, von ihrer hausgemachten kommunalfeindlichen Politik abzulenken.

(Beifall bei der SPD)

Seit Jahren schon wachsen die Schulden der bayerischen Kommune wesentlich stärker als die des Freistaates. Das liegt gewiss nicht an der besonders ausgeprägten Freigiebigkeit unserer Städte und Gemeinden. Es liegt schlicht und einfach daran, dass Sie, Kolleginnen und Kollegen der CSU, einschließlich der Staatsregierung, die Städte, Gemeinde und Landkreise nicht ausreichend mit Finanzmitteln ausgestattet haben. Erschwerend kommt hinzu, dass Sie ohne Skrupel Jahr für Jahr Aufgaben auf die Kommunen übertragen haben, ohne die entsprechende Finanzierung zu sichern. Nein, darum musste man sich vor Ort selbst kümmern.

(Willi Müller (CSU): Das war vor allem der Bund! – Gegenruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt nicht!)

– An den Beispielen werden Sie ersehen, dass dies nichts mit der Bundespolitik zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich will nur darauf hinweisen, dass im Grundsicherungsgesetz erstmal das Wort „Konnexität“ Einzug gefunden hat. In den bayerischen Gesetzen hat es noch keinen Einzug gefunden.

(Beifall bei der SPD – Meyer (CSU): 38 Millionen!)

Ich will zu den Beispielen zurückkommen, wo die CSU und die Staatsregierung Verantwortung in Bayern haben, nämlich PC-Ausstattung an Schulen, Einführung

der R 6, Lehrpersonalkosten, gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern, Schülerbeförderung und Einführung der Integrierten Leitstellen.

(Frau Biedefeld (SPD): Alleine die R 6 verschlingt Millionenbeträge bei den Kommunen!)

**Präsident Böhm:** Gestatten Sie eine Zwischenfragen des Kollegen Meyer?

(Frau Schmitt-Bussinger (SPD): Gerne!)

**Meyer (CSU):** Verehrte Kollegin! Kann Ihre Aussage so gewertet werden, dass die Bundesregierung im vollen Umfang die Kosten der Grundsicherung der Renten für die bayerischen Kommunen und Landkreise übernimmt?

(Gartzke (SPD): Es gibt eine gesetzliche Grundlage!)

**Frau Schmitt-Bussinger (SPD):** Sehr geehrte Herr Kollege Meyer, Sie wissen, dass die Kritik, die ihrerseits an der Grundsicherung geschürt wird, keine Datengrundlage hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie warten mit reinen Spekulationen auf, wie sich das Grundsicherungsgesetz im Jahre 2003 auswirken wird.

(Meyer (CSU): Das sind Zahlen des Landkreistages! – Willi Müller (CSU): Das sind Berechnungen des Landkreistages!)

– Es gibt keine Berechnungen. Wir haben den Landkreistag gefragt.

Ich darf auf die Verantwortung zurückkommen – –

**Präsident Böhm:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Vogel?

**Frau Schmitt-Bussinger (SPD):** Ich würde gerne – – Ja, Kollege Vogel darf selbstverständlich eine Zwischenfrage stellen.

**Vogel (SPD):** Frau Kollegin, stimmen Sie mir in der Ansicht zu, dass bei Grundsicherungsfragen die Bundesregierung erheblich weiter ist als die Bayerische Staatsregierung? Als es bei der Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes und des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes um Angelegenheiten der schulischen Integration von Kindern mit Behinderungen gegangen ist, hat sich die Bayerische Staatsregierung nicht einmal in der Lage gesehen, die Kosten zu berechnen, geschweige denn einen Vorschlag zu machen, wie die Kosten den Kommunen erstattet werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Böhm:** Ich bitte Sie, sich auf Zwischenfragen zu beschränken.

**Frau Schmitt-Bussinger (SPD):** Herr Kollege Vogel, ich kann Ihnen voll umfänglich zustimmen. Ich habe dies in meiner Aufzählung genannt. Sie, Kolleginnen und Kollegen der CSU, wollen aber nicht hören, dass in keiner Weise für die Finanzierung der gemeinsamen Beschulung von Behinderten und Nichtbehinderten gesorgt ist und dass nicht für die Finanzierung gesorgt ist, was das Lehrpersonal an kommunalen Schulen, die PC-Ausstattung an Schulen und die Einführung der R 6 betrifft. Das alles übertragen Sie den Kommunen. So sieht in Bayern der partnerschaftliche Umgang zwischen Staat und Kommune aus.

In hohem Maße ist es auch kommunalfeindlich, dass die Staatsregierung mit diesem Doppelhaushalt keine Rücksicht auf die kommunale Finanzsituation nimmt. Das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs wird durch Ihren Haushaltsentwurf weiter sinken. Interessant dabei ist Ihre Sprachregelung. Von „Kürzungen“ wird niemals gesprochen. Sie sprechen von „Stabilisierung“, was aber nichts anderes meint als Kürzungen. Sie streben bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Landeshaushalt an und bürden dabei die Lasten den bayerischen Kommunen auf.

(Beifall bei der SPD)

Der Städtetags-Präsident Josef Deimer, seines Zeichens CSU-Mitglied, hat es treffend formuliert – ich zitiere: „Es kann doch nicht sein, dass der Freistaat als Musterknabe dasteht, während die Kommunen Insolvenz anmelden müssen.“

Dieses Vorhaben ist in höchstem Maße unsolidarisch und kommunalfeindlich.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen Sie endlich Ihre Verantwortung für die bayerischen Kommunen wahr. Geben Sie das Geld, das Bayern aus der erhöhten Gewerbesteuerumlage vom Bund erhält, wieder an die Kommunen zurück. Das können Sie jederzeit. Entlasten Sie die Städte und Landkreise bei den Ausgaben für die Schulen, übernehmen Sie die vollen Kosten für das Lehrpersonal. Die Städte München, Nürnberg und Augsburg wären dann – so die Aussage der drei amtierenden Oberbürgermeister – von jeder Finanznot befreit.

(Meyer (CSU): Zu Lasten des flachen Landes!)

Gehen Sie endlich die Reform des innerbayerischen Finanzausgleiches an.

(Güller (SPD): Längst überfällig!)

Herr Minister, weil Sie in Ihrer Rede soeben die rasche Umsetzung der Gemeindefinanzreform eingefordert haben, muss ich doch kurz darstellen, wer schnell und

wer langsam arbeitet. Die Kommission zur Gemeindefinanzreform wurde im Frühjahr 2002 eingesetzt.

(Meyer (CSU): ... 1998!)

Im Sommer 2003 sollen die ersten Ergebnisse vorliegen, und 2004 sollen sie umgesetzt werden. Die Arbeitsgruppe der Staatsregierung zur Reform des innerbayerischen Finanzausgleichs wurde bereits im Jahr 2000 eingesetzt. Die Ergebnisse sollten zunächst 2001, dann 2002 vorgestellt werden. Die letzte Auskunft war, dass das Jahr 2003 angepeilt ist. Jetzt sagen Sie mir doch bitte, wo schnell und wo langsam gearbeitet wird.

Ich will nicht verhehlen, dass mich das Umschwenken der Staatsregierung und der CSU beim Konnexitätsprinzip mit Genugtuung erfüllt. Noch Anfang dieses Jahres hat Kollege Ettengruber unter dem Beifall seiner Kollegen dazu gesagt:

Ich sage Ihnen: Es wäre falsch, wenn die Kommunen das strikte Konnexitätsprinzip wollten. Wir streben deshalb die Konnexität nicht an.

(Frau Radermacher (SPD): Das ist interessant!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, es wäre schön, wenn ein derartiger Meinungsumschwung – Ihre Meinung deckt sich nun zu 100% mit den Vorstellungen der SPD – häufiger stattfinden würde.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin fest davon überzeugt, dass ein striktes Konnexitätsprinzip mit einem Konsultationsverfahren unsere Kommunen gegenüber der Staatsregierung stärken würde, und das ist gut so.

In Anbetracht der zeitlichen Situation und der Notwendigkeit, noch weitere Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen, will ich zum Schluss kommen. Ich will schließen mit einem Dank der SPD-Fraktion an die bayerischen Polizistinnen und Polizisten und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Sicherheitsbehörden. Ganz besonders danke ich den Frauen und Männern bei Feuerwehr, Rettungsdienst, Zivil- und Katastrophenschutz, die in diesem Jahr stark gefordert waren. Wir danken auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der inneren Verwaltung bei Staat und Kommunen. Zusammenfassend muss ich leider feststellen, dass die Schwerpunkte in diesem Doppelhaushalt falsch gesetzt wurden. Die Weichenstellungen sind falsch. Wir lehnen daher den vorliegenden Haushaltsentwurf ab.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Präsident Böhm:** Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Kempfler.

**Dr. Kempfler (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einen hohen Sicherheitsstandard zu gewährleisten und die Attraktivität unseres Landes auch mit einer

kommunalfreundlichen Politik zu erhalten und zu steigern, sind Ziele bayerischer Innenpolitik.

Dass Bayern ein attraktives Land ist, kann niemand ernsthaft bestreiten. Die Zahlen, die unser Ministerpräsident gestern bekannt gegeben hat, sprechen eine deutliche Sprache. Im vergangenen Jahr kamen rund 100 000 Neubürger in unser Land, davon zwei Drittel aus dem Norden und Osten Deutschlands.

(Prof. Dr. Gantzer (SPD): Nach Niederbayern! – Gegenruf des Abgeordneten Meyer (CSU): Das wäre gut!)

– Nein, nicht alle, aber sehr viele nach Niederbayern, Herr Kollege Prof. Dr. Gantzer.

Bayern ist das sicherste Land – Herr Staatsminister hat das heute dargestellt – mit der höchsten Aufklärungsquote. Erfreulich ist, dass die Aufklärungsquote gerade bei der Gewaltkriminalität laufend gesteigert werden konnte. Dieser Erfolg ist vor allem aus präventiven Gründen zur Abschreckung potenzieller Täter von größter Bedeutung. Leider bleibt auch Bayern nicht von schwersten Straftaten verschont. Wir alle sind davon aufs Tiefste betroffen.

Umso wichtiger ist es, dass alle Maßnahmen ergriffen werden, um Straftaten nach Möglichkeit zu verhindern und begangene Delikte zu ahnden. Wir unternehmen in Bayern alles, um diese Ziele zu erreichen. Unsere Polizeibeamtinnen und -beamten sind es, die für unsere Sicherheit sorgen. Ihnen und auch den Angehörigen des Verfassungsschutzes gilt unser aufrichtiger Dank für ihren beispielhaften Einsatz.

Eine besondere Anerkennung möchte ich den Sicherheitskräften aussprechen, welche die angekündigten Chaostage in München durch ihr besonnenes und konsequentes Vorgehen verhindert haben. Furchtbare Parolen sind ausgegeben worden. Es wurde beabsichtigt, die Stadt in Trümmer zu legen, Bullen platt zu machen, München in einen Haufen aus Asche und Staub zu verwandeln.

(Zurufe von der SPD – Heiterkeit)

Die Chaoten haben die Stadt verlassen mit dem Abschiedsgruß: nie wieder München.

(Zuruf des Abgeordneten Freiherr von Rotenhan (CSU))

Das ist ein Erfolg, der hier erzielt worden ist.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Sicherheitskonferenz in München im Februar konnte dank der Polizeipräsenz ohne Zwischenfälle abgewickelt werden. Auch vorher war es erfreulicherweise möglich, größere Zwischenfälle bei den Demonstrationen und Gegendemonstrationen anlässlich der Wehrmachtsausstellung in München zu verhindern. Ebenso wie die Vertreter der SPD konnte ich mich im Polizeipräsidium München und auch an Ort und Stelle

von der umsichtigen und sachgerechten Einsatztaktik der Polizei überzeugen und von den hohen Anforderungen, die an die Verantwortlichen gestellt worden sind, um bei einem ständig wechselnden Lagebild die angemessenen Entscheidungen zu treffen.

Voraussetzung für die polizeilichen Erfolge ist aber auch die klare Vorgabe der Sicherheitspolitik durch Sie, Herr Staatsminister Dr. Beckstein, und die Bayerische Staatsregierung, die von der CSU-Landtagsfraktion getragen wird. Insofern unterscheiden sich die Verhältnisse in Bayern ganz grundsätzlich von der Situation, die 1995 unter Ministerpräsident Schröder in Hannover bestand und zu den dortigen Chaostagen führte. Wir danken Ihnen, Herr Staatsminister, für Ihre konsequente Sicherheitspolitik, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Ihrem Hause und allen Polizeikräften, die diesen Sicherheitsstandard ermöglichen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Innenminister hat mit Recht betont, dass die Bundesregierung die Gefahren des Terrorismus unterschätzt und Lücken in den Sicherheitspaketen nicht schließt. Es ist unverantwortlich, Extremisten einreisen zu lassen, obwohl Anhaltspunkte für einen Terrorismusverdacht gegeben sind, oder gewaltbereite Ausländer nicht auszuweisen, obwohl Terrorverdacht besteht. Es handelt sich hier doch um präventive Maßnahmen zum Schutz unserer Bevölkerung, wobei nicht die Beweisforderungen gestellt werden müssen, die bei einer strafrechtlichen Verurteilung zu erfüllen sind.

Für unverzichtbar halten wir die Regelanfrage beim Verfassungsschutz und ihre bundesweite Einführung im Einbürgerungsverfahren. Im Gegensatz zu Ihrer Meinung, Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, gibt es da Lücken.

Das Gleiche gilt, wenn Ausländern ein unbefristetes Aufenthaltsrecht gewährt wird. Unsere rechtstreue Bevölkerung hat nicht das geringste Verständnis dafür, wenn bei der gegenwärtigen Gefahrenlage Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden nicht verwendet werden dürfen oder wenn – wie in Schleswig-Holstein – für die Anfrage die Zustimmung der Betroffenen verlangt wird – eine absurde Regelung! – oder wenn, wie in Nordrhein-Westfalen, die Anfrage nur bei Angehörigen bestimmter Problemstaaten zulässig ist.

Solche Beschränkungen sind höchst gefährlich, nicht nur für die Länder, die ihre Auskunftsrechte beschränken, sondern bei der anerkannten Mobilität von Straftätern und Terroristen für die gesamte Bundesrepublik.

Der Bundesinnenminister hat nach dem 11. September 2001 die Speicherung biometrischer Daten in Ausweis-papieren angekündigt, die bis jetzt nicht umgesetzt worden ist. Ich erinnere mich gut an eine Fernsehdiskussion mit Bundesinnenminister Schily, in der er, zu der Vertreterin der GRÜNEN gewandt, erklärte, er sieht keinen Verstoß gegen die Menschenwürde, wenn jemand veranlaßt wird, einen Fingerabdruck abzugeben.

Zu begrüßen ist es, dass unsere Polizei zur Bekämpfung des Terrorismus mit modernster Technik ausgestattet wird und probeweise biometrische Verfahren zur Gesichtsfeldererkennung angewendet werden. Ebenso wertvoll finde ich die elektronische Abnahme von Fingerabdrücken. Wir müssen alles tun, um den mit modernsten technischen Mitteln raffiniert agierenden Kriminellen das Handwerk zu legen. „Ohne Sicherheit ist ein Leben in Freiheit nicht möglich“, haben Sie, Herr Staatsminister mit Recht festgestellt. Der Bundesinnenminister hat von Ihnen gelernt und wie folgt formuliert:

Wer frei leben will, braucht Sicherheit vor Kriminalität und Terror. Diese Sorge bewegt die Menschen und nicht die angestaubte Theorie vom angeblich allgegenwärtigen Überwachungsstaat.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine gute Erkenntnis, aber der Bundesinnenminister handelt leider nicht nach dieser Erkenntnis. Es wäre wünschenswert, dass Rot-Grün zu dieser Einsicht kommt. Rot-Grün in Berlin ist allerdings noch weit davon entfernt. Wichtige Gesetze stehen noch aus. In Bayern gibt es eine unterschiedliche Beweglichkeit. Die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Videoüberwachung scheint die SPD in der Zwischenzeit eingesehen zu haben. Beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fehlt nach wie vor das Verständnis dafür. Das bayerische Gesetz zur nachträglichen Sicherungsverwahrung haben Teile der SPD mitgetragen. Die GRÜNEN waren dagegen. Das ist ein erschreckender Mangel an Sensibilität in einem äußerst gefahrenträchtigen Bereich. Die Haltung der GRÜNEN zur verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrolle, die zur Anfechtung beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof geführt hat, ist ein weiterer schlagender Beweis für das Unverständnis der GRÜNEN für die Belange der Sicherheit.

Herr Staatsminister, Sie haben mit Recht die Bedeutung des Feuerwehrwesens, des Technischen Hilfswerks und der übrigen freiwilligen Hilfsorganisationen betont. Die Organisationen und vor allem die Feuerwehren waren in diesem Jahr besonders durch die Hochwasserkatastrophen gefordert. Gerade die Feuerwehren haben innerhalb und außerhalb Bayerns einen großartigen Einsatz erbracht. Ich war in Dresden unverdient der Adressat für Dankesworte der dort Verantwortlichen für den Einsatz der bayerischen Feuerwehren in Sachsen. Ich gebe den Dank für die Leistungen der Hilfsorganisationen, vor allem der Feuerwehren, in Bayern, in Sachsen und in Sachsen-Anhalt auch im Namen der CSU-Fraktion weiter.

(Beifall bei der CSU)

In Anbetracht der Einsatzbereitschaft und Opferbereitschaft von hunderten von Bürgerinnen und Bürgern in Feuerwehren und in anderen Hilfsorganisationen ist es skandalös, dass sich die Bundesregierung trotz des Versprechens des Bundeskanzlers auf dem Feuerwehrtag in Augsburg nach wie vor hartnäckig weigert, dem Ehrenamt den ihm gebührenden Rang einzuräumen.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt nicht!)

– Sie wissen genau, dass das stimmt. Es ist eine geringfügige Änderung eingetreten, aber nicht die, die gefordert worden ist. Ehrenamtlich Tätige sind keine abhängig Beschäftigten, wie sie von Ihnen nach wie vor klassifiziert werden, sondern Idealisten, die Zeit und Kraft der Gemeinschaft zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CSU)

Die bayerische Innenpolitik zeichnet sich durch ihre Kommunalfreundlichkeit aus.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Das sieht man!)

Der Bund hat die Kommunen zum Teil an den Rand ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit getrieben. Es ist doch bezeichnend und zeigt die Kommunalfeindlichkeit der Bundesregierung, wenn im Herbst 1998 eine Reform der Kommunalfinzen angekündigt und erst im Frühjahr 2002 auf Druck Bayerns die Kommission für die Reform eingesetzt wird. Es war die Bayerische Staatsregierung, die Initiativen zur sofortigen Stärkung der Kommunalfinzen ergriffen hat. Der Herr Innenminister hat sie geschildert.

Die Bayerische Staatsregierung befindet sich in voller Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Auch sie fordern eine Senkung der Gewerbesteuerumlage und eine Aufhebung des Grundsicherungsgesetzes. Meine Damen und Herren, diese Forderung stellt auch der Deutsche Landkreistag. Der Deutsche Landkreistag hält das Grundsicherungsgesetz für verfassungswidrig, und Sie werden nicht behaupten können, dass der Deutsche Landkreistag von der CSU dominiert wird.

(Zuruf von der CSU: Noch nicht!)

– Es wäre zu wünschen, dass es so weit kommt.

Das in Bayern vorgesehene Konnexitätsprinzip – Sie haben es angesprochen, Frau Kollegin Schmitt-Bussinger – wird mitgetragen. Wir haben eine Anhörung zu diesem Thema durchgeführt. Wir erwarten aber auch von der Opposition, dass sie sich auf Bundesebene für die Verankerung des Konnexitätsprinzips einsetzt. Es nützt nichts, wenn im Grundsicherungsgesetz das Wort – wie Sie gesagt haben, Frau Schmitt-Bussinger – „Konnexität“ drin steht; es muss auch nach diesem Prinzip gehandelt werden.

Oberbürgermeister Deimer – Sie haben ihn zitiert; ich darf ihn auch zitieren – hat erklärt:

Die Koalitionsvereinbarung ist in diesem Punkt mehr als vage. Wir brauchen einen durchgängigen Schutzmechanismus, der auch den Bund in die Pflicht nimmt.

Beispiele für diese Notwendigkeit gibt es viele, so auch das Kinder- und Jugendhilfegesetz oder das Zuwanderungsgesetz, von dem ich allerdings erwarte und

annehme, dass es wegen verfassungswidrigen Zustandekommens aufgehoben wird, zumal der Herr Bundespräsident selbst erklärt hat, dass in der Sitzung des Bundesrates am 22. März eine verfassungsrechtliche Verfahrensvorschrift in gewagter Weise ausgereizt und damit eine politische Kampfsituation auf die Spitze getrieben worden ist.

Meine Damen und Herren, die CSU-Fraktion sieht auch in Zukunft einen Schwerpunkt der Innenpolitik in der Partnerschaft zwischen dem Staat und den Kommunen. Uns ist bewusst, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in einer immer komplizierter werdenden Welt Geborgenheit in ihrem unmittelbarem Lebensumfeld suchen. Das ist die Gemeinde; das ist die Stadt. Dieses Umfeld sicher und lebenswert zu gestalten, ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Kommunen. Dieser Aufgabe wollen wir uns verantwortungsbewusst stellen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Tausendfreund.

**Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Herr Minister Beckstein, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur Herr Hofmann, der heute Geburtstag hat, wird heute beschenkt, sondern wir alle; denn heute ist Nikolaustag, und Herr Minister Beckstein hat uns über Nacht wieder einmal die Stiefel mit Päckchen und Paketen gefüllt. Ich werde sie hier auspacken und die Haken und Ösen präsentieren.

Danach wissen wir, ob wir uns über die Geschenke freuen dürfen, oder ob wir unserem Nikolaus Beckstein die Geschenke wieder zurückgeben.

(Willi Müller (CSU): Man muss sich über alle Geschenke freuen!)

Als erstes hat er uns die Gebetsmühle mitgebracht, denn gebetsmühlenartig sind seine Schimpftiraden in Richtung Berlin. Er hat zwar eine freundliche Diskussion gefordert, aber man muss schon sagen, was Sache ist. Diese Gebetsmühle bekommt er postwendend zurück.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Beckstein, spielen Sie hier nicht den Krampus mit Ihrer fortwährenden Oppositionspolitik aus der bayerischen Regierung heraus, nur weil Sie Otto Schily nicht beerben durften.

Lassen Sie mich zunächst zu den Kommunalfinanzen kommen. Gerade die Politik der Staatsregierung ist in hohem Maße dafür verantwortlich, dass die finanzielle Lage der Kommunen immer schwieriger wird. Sie ist sicher nicht allein dafür verantwortlich, aber in hohem Maße. Wer ist beispielsweise für die Kirch-Pleite und damit für die Gewerbesteuererbrüche an den Medienstandorten verantwortlich? Wer bürdet denn den Städten und Gemeinden immer mehr Leistungen auf, ohne dafür ausreichenden finanziellen Ausgleich zu schaffen? Ich nenne die Schülerförderung, die Computerausstattung

an den Schulen, die Kosten für die Einführung der R 6 und der M-10-Klassen oder die Gehälter der Lehrerinnen und Lehrer an den kommunalen Schulen. Wer hat sich denn über Jahre hinweg mit Händen und Füßen gegen das Konnexitätsprinzip, also das Prinzip „Wer anschafft, muss auch zahlen“, und die Reform des Finanzausgleichs gewehrt. Der Finanzausgleich ist auch in diesem Jahr wieder völlig unzureichend ausgefallen. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich zwar einverstanden erklärt, aber was sollten sie denn machen? Sie bekommen einfach nicht mehr.

Von einer nur annähernden Einhaltung des Konnexitätsprinzips gerade bei den letzten Gesetzesvorhaben kann nicht die Rede sein. Davon ist überhaupt nichts zu spüren.

Getrieben durch die kommunalen Spitzenverbände und die Opposition hier im Hause, die einen langen Atem haben, und vor allen Dingen wegen des drohenden Volksbegehrens haben Sie und Edmund Stoiber offenbar klein beigegeben. Dieses Nikolauspräsent der Festschreibung des Konnexitätsprinzips in der bayerischen Verfassung nehmen wir gern entgegen, wenn es denn wirklich ernst gemeint ist. Das sehen wir aber erst dann, wenn Sie Ihren Worten auch Taten folgen lassen.

(Beifall der Frau Abgeordneten Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In Berlin sorgen wir jedenfalls dafür, dass die Gemeindefinanzen langfristig auf gesunde Füße gestellt und verstetigt werden. Die Vorschläge aus der Gemeindefinanzenreformkommission für eine kommunale Betriebssteuer, die die Gewerbesteuer ersetzen soll, sind hierfür sehr ermutigend.

Das Grundsicherungsgesetz wieder aufheben zu wollen, ist ein völlig falscher Weg und darüber hinaus äußerst unsozial. Denn mit dieser Grundsicherung erreichen wir insbesondere eine Personengruppe, die bislang durch alle Raster gefallen ist, nämlich ältere Frauen aus kleinen Verhältnissen, die zu bescheiden sind, um zum Sozialamt zu gehen. Statt über zusätzliche Kosten durch das Grundsicherungsgesetz zu lamentieren, sollten Sie lieber die Zeit für Bedarfs- und Kostenermittlungen nutzen, damit wir endlich Zahlen auf den Tisch bekommen. Dann werden wir sehen, ob es tatsächlich zusätzliche Kosten verursacht oder nicht. Dass der Bund die Kosten nach Abrechnung übernehmen muss, darüber besteht kein Zweifel.

Vom Bund muss allerdings die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zurückgenommen werden, da die ursprünglich prognostizierten Mehreinnahmen nicht eingetreten sind. In diesem Punkt, Herr Beckstein, sind wir uns einig. Sie lassen aber gern unter den Tisch fallen, dass dieser Umlagebetrag zwischen Bund und Ländern aufgeteilt wird. Wir fordern deshalb von der Bayerischen Staatsregierung, ihre eigenen Zuflüsse aus der Gewerbesteuerumlageerhöhung an die Kommunen weiterzugeben. Sperren Sie sich nicht gegen die von der Bundesregierung geplante Abschaffung der gewerbesteuerlichen Organschaft. Dann würden die Gewerbesteuern wieder dort abgerechnet, wo auch die Einnahmen anfal-

len. Dadurch würde das Gewerbesteueraufkommen wieder deutlich ansteigen.

Lassen Sie mich zur Wohnungsbau- und Städtebauförderung kommen. Im nächsten Paket hat Herr Beckstein ein – ich würde einmal sagen – faules Ei versteckt. Er hat sich selber darüber beklagt. Es handelt sich um die Kürzungen bei der Wohnungsbauförderung um sage und schreibe 100 Millionen €. Zunächst sollten es nur 86 Millionen sein, aber die so soziale CSU-Fraktion hat noch einmal beispielhaft nachgelegt und um 14 Millionen € reduziert – eine schöne Bescherung. Bei genauerem Hinsehen stellt man fest, dass ein erheblicher Teil des verbleibenden Rests von 186 Millionen € noch dazu nur virtuell vorhanden ist, da es sich um Verpflichtungsermächtigungen handelt. Bei der Städtebauförderung sieht es nicht besser aus. Hier wird von 88 Millionen € um 12 Millionen € auf 76 Millionen € gekürzt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das laute Schimpfen auf die Sparpolitik in Berlin dient wie immer nur der Verschleierung der eigenen Mangelwirtschaft. Aber dieser Kahlschlag in der Wohnungsbau- und Städtebauförderung wird deutliche Spuren hinterlassen, denn hier entsteht sozialer Zündstoff. Konflikte werden durch diese Sparmaßnahmen weiter geschürt. Allein in München – hier ist die Lage besonders prekär – stehen 40 000 Wohnungssuchende vor dem Wohnungsamt Schlange. Hier wäre ein ordentliches Sonderprogramm erforderlich, da die Stadt allein diese Herausforderung nicht stemmen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Willi Müller (CSU): Ihr habt die Eigenheimzulage gestrichen!)

Erst an diesem Mittwoch hat Herr Staatsminister Dr. Beckstein sein Projekt zur Förderung der Innenstadtentwicklung in den Städten und Gemeinden vorgestellt. Mit den Kürzungen der Wohnungsbauförderung und der Städtebauförderung stellt sich dieses Projekt als Luftnummer dar. Das war wieder einmal nur eine PR-Aktion.

Der Bund hält seine Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau zwar auf niedrigem Niveau; das gebe ich zu. Es ist sehr ärgerlich, dass auch hier in den letzten Jahren gekürzt wurde. Die Mittel wurden aber schon seit 1995 schrittweise gekürzt. Deshalb ist es nicht korrekt, alles auf die jetzige Bundesregierung zu schieben. Der Bund hat seine Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau zwar auf niedrigem Niveau, aber immerhin weiter konstant gehalten. Das auch für Bayern wichtige Programm „Soziale Stadt“ wird fortgesetzt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Mittel für die Altbausanierung und das CO<sub>2</sub>-Förderprogramm werden sogar erhöht. Unseren Antrag in diesem Hause, auch die bayerischen Mittel für die ökologischen Modernisierungsmaßnahmen zu erhöhen, haben Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dagegen abgelehnt. Der Bund investiert jährlich 150 Millionen € in die Altbausanierung, denn hier besteht erheblicher Investitionsbedarf. Das ist auch ein Bereich, der für die

Bauwirtschaft sehr interessant ist. Zusammen mit dem CO<sub>2</sub>-Förderprogramm will der Bund für die Jahre 2003 und 2004 jährlich insgesamt 350 Millionen € in die Sanierung und den Bestand investieren. Zu Kohls Zeiten waren es gerade einmal 20 Millionen €. Ich denke, diese Zahlen muss man auch nennen, nicht immer nur die Positionen, bei denen gekürzt worden ist.

Angesichts der geringen Mittel, die in Bayern für den sozialen Wohnungsbau und die Städtebauförderung übrig geblieben sind, ist es dringend erforderlich, diese Mittel zielgenau und effizient einzusetzen. Die Prioritäten müssen auf die Ballungsräume gelegt werden, denn dort herrscht eklatanter Wohnungsmangel. Das neue Wohnraumförderungsgesetz sieht diese Prioritätensetzung durch eine Regionalisierungskomponente vor, mit der den Bundesländern freie Hand bei der Verteilung der Gelder gegeben wird. Diese Regionalisierungskomponente wäre im Übrigen auch bei der Eigenheimförderung erforderlich.

Nötig ist eine flexiblere Gestaltung bei der Förderung. Bei der einkommensorientierten Förderung, der EOF, sind die Vorgaben so starr, dass Wohnungsbauunternehmen schon vor Baubeginn und Antragstellung wissen müssen, welche Mieter mit welchem Einkommen in die einzelnen Wohnungen einziehen werden. Das geht an der Praxis und den Realitäten vorbei. Absoluter Mangel herrscht auch bei den Studentenwohnungen. Dieser Mangel schlägt sich allerdings nicht in einem erhöhten Förderansatz im Haushalt nieder.

Das nächste faule Ei ist der Straßenbau. Besonders ärgerlich ist es, dass beim Straßenbau nicht gespart wird. Die jüngste Kürzung beim Wohnungsbau und bei der Städtebauförderung um nochmals 6 Millionen € vom letzten Dienstag wurde auf Antrag der CSU sogar zugunsten des Straßenbaus vorgenommen. Darüber hinaus werden beim Straßenbau die Mittel nicht nur nicht gekürzt, sondern völlig unvernünftig eingesetzt.

(Willi Müller (CSU): Doch, sehr vernünftig!)

Der Anteil der Ausgaben für die Bestandserhaltung der Staatsstraßen an den Gesamtausgaben für den Straßenbau ist weiterhin zu gering. Schwerpunkt muss die Bestandserhaltung sein. Nicht einmal unser Antrag auf Umschichtung von 10 Millionen € von den Straßenneubaumitteln zu den Mitteln für den Erhalt kam durch.

(Meyer (CSU): Straßenbau ist Infrastruktur!)

Beim Bau von Ortsumfahrungen spielt es anscheinend keine Rolle, wie viele Autos dann tatsächlich auf diesen Straßen fahren und ob die bisherige Ortsdurchfahrt überhaupt entlastet wird. Anscheinend schwimmen wir beim Straßenbau immer noch im Geld.

Ich komme zur Sicherheitspolitik und dabei zunächst zur allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung. Die GRÜNEN stehen für eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß, bei der mit einer guten Sozial- und Bildungspolitik und effektiven Präventionsprojekten der Kriminalität im Ansatz vorgebeugt wird. Videoüberwachungsprojekte, Sonderaktionen gegen Graffiti-sprayer oder das Einsammeln von

Schulschwänzern durch die Polizei kann ich nur eine PR-Aktion der Staatsregierung werten, die die Polizeikräfte noch dazu von der eigentlichen Arbeit abhalten und die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung nur vortäuschen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine scheinbar saubere Stadt ist nicht gleichzeitig frei von Kriminalität, nur weil die Kriminalität aufgrund der Videoüberwachung in andere Bereiche verdrängt wird. Sachbeschädigungen durch Sprayer werden nicht verhindert durch strikte Verbote und härtere Strafen. Dort, wo Kommunen Flächen für Graffiti-Künstler zur Verfügung stellen, geht das Sprayerproblem plötzlich merklich zurück. Der Schlüssel ist der Kontakt zur jeweiligen Szene.

Die Ursachen für notorisches Schulschwänzen können nur bekämpft werden, wenn sich jemand wirklich um die Jugendlichen kümmert und sie nicht nur bei der Schule wieder abgibt. Dafür brauchen wir natürlich qualifiziertes Personal aus der Sozial- und Jugendarbeit und die Jugendbeamten der Polizei.

Mit der bayerischen Linie in der Drogenpolitik wird die Problematik der Beschaffungskriminalität verschärft, wenn nicht sogar erst geschaffen. Die gravierende Anzahl von Einbrüchen und Diebstählen, die von Süchtigen nur wegen ihrer krankhaften Sucht verübt werden, kann vermieden werden, wenn die Süchtigen nicht mehr kriminalisiert werden und wenn ihnen echte Hilfestellung angeboten wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein besonderes Augenmerk richten wir GRÜNE auf den Schutz von Kindern und Frauen vor häuslicher Gewalt. Hier benötigen wir neben der gesellschaftlichen Problematik dieses Tabuthemas mehr Sensibilität und Kompetenz bei den Polizeibeamtinnen und – beamten, um Gefahren für Opfer oder potenzielle Opfer frühzeitig zu erkennen und darauf adäquat reagieren zu können.

Statt Becksteins Hilfssheriffs, den Sicherheitswächtern, die höchstens das subjektive Sicherheitsgefühl erhöhen können, wollen wir in den Städten und Gemeinden die Präventionsbeiräte unterstützen und aufwerten, damit sie sich möglichst in allen Kommunen etablieren können. Hier können alle relevanten Gruppen zusammen mit der Polizei an Präventionsprojekten arbeiten und ortsspezifisch reagieren. Mit diesen Konzepten kann die Polizei bei der Bekämpfung der sogenannten Alltagskriminalität auch entlastet werden. Großen Handlungsbedarf sehen wir bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, bei Wirtschafts- und Steuerdelikten der Kategorie Schreiber, Pfahls, Strauß und Co, bei der Bekämpfung von Menschen- und Waffenhandel, von Gewaltverbrechen und bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

An dieser Stelle noch eine Anmerkung zum Demonstrationsrecht. Das Recht auf Demonstration ist uns sehr wichtig. In der letzten Zeit hat Minister Beckstein immer wieder versucht, unter dem Vorzeichen der Verhinderung von Demonstrationen der Rechtsextremen eine

Gesinnungskomponente ins Demonstrationsrecht hineinzubringen. Demonstrationen lassen sich aber nicht wegen des Inhalts, der dabei vermittelt werden soll, verbieten. Dem Rechtsextremismus muss mit demokratischen Mitteln entgegengewirkt werden. Mit Ihren Vorschlägen, das Demonstrationsrecht in dieser Weise zu verschärfen, sind Sie auch im Bundesrat nicht durchgedrungen.

Beim Rechtsextremismus möchte ich noch auf den Einsatz der V-Leute hinweisen. Wir halten es für höchst problematisch, dass in großer Anzahl vom Landesamt für Verfassungsschutz geführte V-Leute in den Vorständen der NPD tätig sind und vom Staat bezahlt werden.

Jetzt zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Bedrohung durch international agierende Organisationen muss ernst genommen und mit tatsächlich geeigneten Mitteln bekämpft werden. Statt des permanenten Rufs nach Gesetzesverschärfungen steht es an, den Sicherheitsbehörden die nötige Ausstattung, Ausbildung und Qualifikation des Personals an die Hand zu geben. Was nützen zum Beispiel erweiterte Abhörbefugnisse, wenn bisher schon mögliche Mitschnitte von Gesprächen mangels Fremdsprachenkenntnissen von den Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz nicht übersetzt werden können oder solche Mitschnitte wegen der Datenflut auf Halde liegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem heiligt nicht jeder Zweck die Mittel. Auch die Terrorbekämpfung seit dem 11. September 2001 darf nicht noch mehr zum Vehikel für überzogene Eingriffsrechte des Staates in Freiheits- und Bürgerrechte werden. Mit gläsernen Bankkonten haben wir keine Probleme, wenn damit internationale Geldströme verfolgt werden sollen. Wir wollen aber nicht den gläsernen Bürger, von dem der Staat jederzeit weiß, warum er oder sie sich gerade an einem bestimmten Ort aufhält. Wir wollen keine zentrale Datei über biometrische Daten der Menschen. Wir wollen, dass die Unschuldsvermutung weiterhin gilt und dass ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht auf bloßen Verdacht hin ausgewiesen werden können. Wir wollen nicht, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht gestellt und ausgegrenzt werden. In diesen Bereich fallen natürlich auch die verdachtsunabhängigen Ermittlungen, wie zum Beispiel Schleierfahndung und ähnliches.

Herr Beckstein, Sie würden am liebsten Herrn Bush nacheifern und einen „bavarian patriotic act“ erlassen,

(Heiterkeit – Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernhard (CSU): Sehr gut!)

aber selbst in Amerika gibt es inzwischen massiven Widerstand gegen den „american patriotic act“, bei dem Grundrechte und Menschenrechte außer Kraft gesetzt werden.

Ich komme zum nächsten Nikolauspaket von Minister Beckstein, zum Sicherheitspaket Nummer 3. Es gärt ja schon ein bisschen länger und wird immer wieder aufgewärmt. Mit nicht minder spitzen Fingern sollte es ange-

fasst werden. Hier kann nur ein Grundsatz gelten: „return to sender“. Kaum eine Kabinettsitzung, kaum ein Innenministertreffen, kaum eine Bundesratssitzung vergehen, ohne dass Beckstein seine Folterinstrumente gegen den Terrorismus auspackt. Er meint primär die Anhänger von Osama bin Laden, trifft aber unbeteiligte, zufällig ins Visier der Ermittler geratene Bürgerinnen und Bürger z. B. mit einer durchaus fehlerbehafteten Zentraldatei für biometrische Daten aller Bundesbürger. Sie haben schon ein paar Tests gemacht, die etwas in die Hose gegangen sind, weil es eben auch eine hohe Fehlerquote gibt. Ganz nebenbei strickt er sich das Instrumentarium zur Entrechtung der für ihn potenziell verdächtigen ausländischen Bevölkerung.

Ganz eklatant ist die Regelausweisung, die Herr Beckstein beim bloßen Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Organisation möchte. Man kann sich ausmalen, welche menschlichen Schicksale es zur Folge haben kann, wie viele Familien zerrissen werden, wenn eine solche Regelausweisung Wirklichkeit werden sollte. Wenn der Betroffene, der keine Chance hat, seine Unschuld zu beweisen, erst einmal über die Grenze gebracht worden ist, fühlt sich niemand mehr für eine Fehlentscheidung verantwortlich. Aus den Augen – aus dem Sinn.

Dieses sogenannte Sicherheitspaket 3 ist auch diskriminierend. Im Ausländerzentralregister sollen die Religionszugehörigkeit – Sie haben das noch einmal vehement verteidigt, Herr Minister – und die ethnische Zugehörigkeit gespeichert werden. Ich halte es für höchst problematisch, wenn die Religions- oder ethnische Zugehörigkeit bereits Indiz für die potenzielle Gefährlichkeit einer Person sein sollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Beckstein, Sie haben vorhin das Beispiel der Tschetschenen angesprochen. Dieses Beispiel geht aber an der Sache völlig vorbei. Andere Bundesländer haben für Tschetschenen inzwischen einen Abschiebestopp verhängt. Bayern nicht.

(Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Berlin!)

– Berlin hat das zum Beispiel getan. Es ist ein Unterschied, ob jemand, der aus einem Land kommt, in dem ihm Tod oder Folter drohen, in dem er verfolgt wird, diese Angaben freiwillig im Rahmen eines Verfahrens macht, um ein Bleiberecht zu bekommen oder nicht abgeschoben zu werden. Es ist etwas anderes, wenn diese Person die Angaben gezwungenermaßen machen muss, wenn die Angaben gespeichert und zwischen allen Behörden ausgetauscht werden. Es macht einen Unterschied, wenn diese Angaben dann als Indiz verwendet werden, ob jemand potenziell gefährlich ist oder nicht. Im Moment erleben wir das mit Menschen, die aus dem Irak hierher kommen. Bei ihnen ist man sehr hellhörig und glaubt, solche Leute könnten nur vom dortigen Regime geschickt worden sein, denn ein Verfolgter habe überhaupt keine Chance, dieses Land zu verlassen. Damit ist jeder Iraker in Deutschland ein potenzieller Terrorist.

Die Begründung von Herrn Beckstein für den Einsatz des Sicherheitspakets Nummer 3 ist klar. Er muss sich gegenüber den ohnedies sehr weit gehenden Vorstellungen des Bundesinnenministers abheben. Er muss über das hinaus, was derzeit Gesetzeslage ist, Forderungen erheben, um überhaupt mit einer eigenständigen Position aufzutreten. Das geschieht auf dem Rücken der ausländischen Bevölkerung, und das verurteile ich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Becksteins Kampf gegen das mehr als notwendige Zuwanderungsgesetz habe ich unter demselben Kapitel ab. Interessant wird die Geschichte, wenn wir den öffentlich verkündeten Anspruch mit der Wirklichkeit des Herrn Innenministers, der in Bayern bleiben musste, vergleichen. Es hat fast ein Jahr gedauert, bis er das Terrorismusbekämpfungsgesetz des Bundes in Landesrecht umsetzte, wenn auch in seiner konkreten Ausführung unter unserem Protest. Die Erklärung ist einfach: Er war im Wahlkampf unterwegs und hat sein Sicherheitspaket landauf, landab verkündet. Die Zeit war zu knapp, die „Otto-Kataloge“ 1 und 2 umzusetzen.

(Willi Müller (CSU): Die Zeit ist um!)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Sie haben insgesamt 24 Minuten Redezeit. 25 Minuten sind verbraucht. Insofern reicht es nur noch zu einer Schlussbemerkung.

(Welnhofer (CSU): Nehmen Sie eine Minute zurück!)

**Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich werde den Rest der Rede zu Protokoll geben.

(siehe Anlage 1)

Dann verbleibt mir nur noch, mich zu bedanken.

(Willi Müller (CSU): Fröhliche Weihnachtswünsche!)

Ich bedanke mich herzlich für die haupt- und ehrenamtliche Arbeit in den Kommunen, bei der Feuerwehr, den Rettungsdiensten und dem Katastrophenschutz. Ich danke den Polizistinnen und Polizisten und den Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden. Ich bedanke mich, auch wenn wir häufig sehr unterschiedlicher Meinung sind. Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innenministerium. Zum Schluss habe ich für Herrn Beckstein am Nikolaustag noch ein kleines Geschenk. Ich werde es Ihnen am Rande der Sitzung überreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kreidl. Bitte schön.

(Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) überreicht Staatsminister Dr. Beckstein einen Schokoladennikolaus – Allgemeine Heiterkeit)

**Kreidl** (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Der heute zur Abstimmung vorliegende Etat des Einzelplans 03 A umfasst den gesamten Bereich der allgemeinen inneren Verwaltung und der Polizei. Er hat einen Umfang von rund 3 Milliarden € pro Jahr. Das sind 8,6% des Gesamthaushalts. Das Ausgabevolumen weist für das Jahr 2003, also für das kommende Haushaltsjahr, 2,92 Milliarden € und für das Jahr 2004 2,99 Milliarden € aus. Im Einzelplan 03 A stellen die Personalausgaben mit 2,5 Milliarden € den größten Ausgabeblock dar. Der Einzelplan 03 A ist also ein Personalhaushalt, der von den Ausgaben für die Polizei mit 78% der Ressourcen dominiert wird. Darüber hinaus sind Mittel für den Verfassungsschutz, den Brandschutz, das Rettungswesen und für den Katastrophenschutz in diesem Haushaltsplan enthalten.

Der Hauptanteil des Finanzbedarfs wird eingesetzt, um die innere Sicherheit zu gewährleisten und dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen in Bayern in bewährter Weise Rechnung zu tragen. Der Staat sorgt für die objektive Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Nicht zuletzt deshalb ist bei den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern ein ausgeprägtes Sicherheitsgefühl vorhanden.

Daneben ist im Einzelplan 03 A die hochqualifizierte innere Verwaltung mit den Verwaltungsbehörden des Innenministeriums, der Regierungen, der Landratsämter und einer Reihe von weiteren Verwaltungsbehörden enthalten. Für die hohe Qualität der gesamten bayerischen Staatsverwaltung ist ein herzliches Wort des Dankes und eine uneingeschränkte Anerkennung auszusprechen.

Die drei Säulen des Einzelplans sind der Stellenhaushalt, der Sachhaushalt und der Bereich Hochbau. Lassen Sie mich mit einigen wesentlichen Schwerpunkten des Stellenhaushalts beginnen. Ein Schwerpunkt innerhalb des Stellenhaushalts ist der Haushalt der Polizei. Die bayerische Polizei ist die erfolgreichste Polizei in Deutschland. Sie kann stolz darauf sein, dass wir in Bayern die höchste Aufklärungsquote aller Länder haben. Die „Sonderlaufbahn P“ mit Stellenhebungen über einen längeren Zeitraum und nachhaltigen Perspektiven für die Polizeibediensteten hat sich bewährt. Darauf will ich ausdrücklich hinweisen. Wir wollten Einschränkungen der Lebensbedingungen bei den Bediensteten und Kürzungen soweit wie möglich vermeiden. Wir sind das einzige Bundesland, das im Stellenhaushalt der Polizei keine Reduzierung vorgenommen hat.

An dieser Stelle möchte ich ebenfalls – wie bereits von meinen Vorrednern geschehen – ein herzliches Wort des Dankes den Polizistinnen und Polizisten der bayerischen Polizei für ihren hochmotivierten und engagierten Einsatz, aber auch für die Verrichtung des gefährlichen Dienstes, den sie tagtäglich erbringen, aussprechen. Für die Polizei wurden insgesamt 451 neue Stellen – ich betone: neue Stellen – ausgewiesen. 101 Einsatzstellen wurden zum Ausgleich für die Altersteilzeit eingerichtet, 350 Stellen im Rahmen des Sicherheitskonzeptes, das heute bereits angesprochen wurde. Es wird also reagiert, um über die notwendigen Ressourcen zur Bekämpfung der islamistischen Bedrohung zu verfügen.

In dem vorliegenden Doppelhaushalt war es leider nicht möglich – das möchte ich nicht verschweigen –, eine Stellenmehrung bei den mobilen Reserven und bei der Teilzeitreserve zu erreichen. Es wurden jedoch die 230 bzw. 115 Stellen erhalten.

100 befristete Anwärterstellen sollen zur Lösung der Altersproblematik beitragen. Besonders herausheben will ich die 2005 Stellenhebungen für die Polizeibeamten, wodurch 2263 Beförderungen geschaffen werden. Damit wird im gehobenen Dienst ein Anteil von 50,9% erreicht. Im Vergleich dazu lag der Anteil im gehobenen Dienst im Jahre 1991 erst bei 21%. Wir sind mittlerweile bei 51%; das kann sich sehen lassen.

Es wird also eine wesentliche Verbesserung der bisher schon guten Bilanz erreicht. Seit 1990 gab es mehr als 70 000 Beförderungen bei der bayerischen Polizei.

Ein Schwerpunkt der Stellenhebungen liegt im Bereich des gehobenen Dienstes. Von den angesprochenen 2005 Stellenhebungen entfallen 651 Hebungen auf den gehobenen Dienst. Das führt zur Beförderung von Polizeihauptmeistern auf breiter Front und dient dem Abbau des dort bestehenden Beförderungsstaus.

Im Bereich des Verfassungsschutzes sind 36 Hebungen vorgesehen und im Bereich der Verwaltungsbehörden, also Landratsämter, Regierungen und Verwaltungsgerichte, werden 30 zusätzliche Stellen geschaffen und insgesamt 415 Hebungen vorgenommen. Ich denke, der gesamte Stellenhaushalt bringt doch eine Reihe von nennenswerten Verbesserungen. Das kann sich gerade in der jetzigen Zeit mehr als sehen lassen.

Die zweite von mir angesprochene Säule ist der Sachhaushalt. Auch hier möchte ich einige Eckpunkte nennen. Auf der Grundlage einer mehrjährigen Finanzplanung soll die Errichtung eines einheitlichen Notrufs 112 mit der Einrichtung von 25 integrierten Leitstellen – ILS – realisiert werden. Außerdem soll eine Lehrleitstelle an der Staatlichen Feuerweherschule in Geretsried eingerichtet werden. Das bedarf entsprechender finanzieller Mittel. Von 2002 bis 2005 sind insgesamt 35 Millionen € veranschlagt, davon im kommenden Doppelhaushalt 2003/2004 zunächst 10,5 Millionen und dann 12,7 Millionen €. Hier werden erhebliche Mittel eingesetzt; der Freistaat Bayern trägt, was die Investitionskosten anbelangt, insgesamt 78% der Gesamtkosten.

Das auch schon angesprochene Sicherheitskonzept wird mit insgesamt 183 Millionen € im Zeitraum vom 2002 bis 2006 ausgestattet, wobei jährlich 39 Millionen € bereitgestellt werden. Damit wird auf die neue Art der terroristischen Bedrohung reagiert. In Bayern werden wir auch künftig jeder Art von Kriminalität entgegentreten und alles unternehmen, damit unsere Bevölkerung in Freiheit und Sicherheit leben kann. Wie notwendig die konsequente Unterstützung und Umsetzung des Sicherheitskonzeptes ist, zeigt die aktuelle außergewöhnliche Bedrohungs- und Gefährdungslage. Die jüngsten Anschläge, die wir alle noch vor Augen haben, zeigen, dass die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nach wie vor sehr hoch ist. Die Terroristen haben Deutschland und auch Bayern ins Visier genommen; die

Bayerische Polizei und das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz unternehmen alles, um die Gefahren zu erkennen und darauf wirkungsvoll zu reagieren.

Ein weiterer wichtiger Bereich im Sachhaushalt ist das eGovernment, also die elektronische Verwaltung. Bis zum Jahre 2005 sollen alle geeigneten staatlichen Dienstleistungen online bereitgestellt werden. Damit wird ein leichter elektronischer Zugang für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Wirtschaft zur öffentlichen Verwaltung erreicht. Jährlich sind dafür 3,3 Millionen € eingeplant.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Behördennetz. Entsprechend dem IuK-Gesetz wird das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung als Service- und Kompetenzzentrum für die gesamte staatliche Verwaltung ausgebaut. Dafür sind jährlich 5,5 Millionen € notwendig.

Für die IuK-Dienste sind jährlich 65 Millionen € eingeplant, wobei 80 % dieser Mittel für die Polizei bestimmt sind. Und schließlich schlägt mit 1 Millionen € jährlich die Ausrüstung der Polizeibeamten mit Unterziehschutzwesten und Stichschutzwesten zu Buche. Auch das ist ein sehr wichtiger Bereich.

Für die Dienstfahrzeuge der Polizei sind jährlich 17,3 Millionen € eingeplant, und bei der Bereitschaftspolizei sind jährlich 7,4 Millionen € für Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände vorgesehen. Das ist eine Mehrung von 2 Millionen € pro Jahr, vor allem deshalb, weil der Bund seinen Verpflichtungen in diesem Bereich nicht ausreichend nachkommt.

Für die anstehenden Wahlen im kommenden Jahr und im übernächsten Jahr, also zum einen die Landtags- und Bezirkstagswahlen und zum anderen im Jahre 2004 die Wahlen zum Europaparlament, sind ebenfalls entsprechende Mittel erforderlich. Die Kosten betragen für die Landtags- und die Bezirkstagswahlen 12,7 Millionen € und für die Wahl zum Europaparlament 9,5 Millionen €.

Ganz besonders eingehen darf ich nun noch auf den Brandschutz. Der Brandschutz wird ab dem Jahre 2003 erstmals zu 100 % aus der Feuerschutzsteuer finanziert. Die Fördermittel im aktuellen Haushalt 2002 lagen mit 25,4 Millionen € weit unter dem Bedarf zur Förderung von Fahrzeugen, Geräten und Häusern der Feuerwehr. Das ist uns bewusst. Die hervorragenden Leistungen der Hilfsorganisationen wurden heute bereits gewürdigt. Für diese großartigen ehrenamtlichen Leistungen möchte auch ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken. Wir haben seitens der CSU-Fraktion durch entsprechende Anträge versucht, die Mittel, die bisher zu gering waren, um den Bedarf vollständig abdecken zu können, entsprechend zu erhöhen. Es konnten entscheidende Verbesserungen erreicht werden. De facto stehen im Jahre 2003/2004 für die allgemeine Feuerwehrförderung jeweils rund 7 Millionen € mehr an Fördermitteln zur Verfügung als im Jahre 2002, sodass in 2003 32,4 Millionen € und im Jahre 2004 32,7 Millionen € für die Feuerwehrförderung zur Verfügung stehen. Die Erstattung an die Rettungsdienstorganisationen für Fahrzeuge und IuK-Dienste erfolgt wie im Vorjahr in Höhe von 15,3 Millionen €.

Schließlich noch ein Wort zum Katastrophenschutzfonds. Hier lag die regelmäßige staatliche Zuführung pro Jahr bei 1,1 Millionen €. Über das Sicherheitskonzept kommt eine zusätzliche Zuführung in Höhe von 2,2 Millionen € im nächsten Jahr und von 6,2 Millionen € im Jahre 2004 hinzu. Im Jahre 2003 sind darüber hinaus insgesamt 6 Millionen € für die Einsatzkosten bayerischer Feuerwehren und Hilfsorganisationen beim Elbehochwasser einzuplanen. Soweit der Sachhaushalt.

Ich komme nun zum Hochbau. Für 44 laufende Maßnahmen und 23 Planungen beträgt das Finanzvolumen jährlich 50 Millionen €. Der Baubeginn für die Polizeiinspektion in Bad Tölz und für die Polizeiinspektion Augsburg Mitte ist jeweils für das Jahr 2004 vorgesehen. Das musste um ein Jahr verschoben werden; dazu komme ich noch.

Zwingend erforderlich ist die Generalsanierung der zentralen Hundeschule in Herzogau in der Oberpfalz mit Gesamtkosten von 3 Millionen €. Diese Maßnahme ist auf Initiative der CSU-Fraktion – insbesondere auf Anregung des Kollegen Markus Sackmann – mit aufgenommen worden. Als Beginn für diese große Sanierungsmaßnahme wird die Zeit Ende 2004 Anfang 2005 angestrebt.

Zusätzlich zum Einzelplan 03 A mussten noch entsprechende Ergänzungen vorgenommen werden, darunter 370 000 € für die Bewachungskosten bei den Ausreisereinrichtungen, 380 000 € Bewachungskosten am Landesamt für Verfassungsschutz. 1,12 Millionen € Minderausgaben sind entstanden wegen der Abschaffung des Essenszuschusses für den gehobenen und höheren Dienst.

Mit einer nachträglichen Änderung mussten bei einer Reihe von Ansätzen noch Einsparungen vorgenommen werden. Aufgrund der Einsparungen reduzieren sich die Ausgaben des Haushaltsplans 2003/2004 für 2003 um 48,75 Millionen Euro und für 2004 um 54,11 Millionen Euro.

Diese Einsparungen wurden mit einem Schwerpunkt überwiegend im Personalhaushalt vorgenommen. Das ist sicherlich für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schmerzlich, ich möchte hier jedoch um Verständnis werben. Wir können nicht mehr ausgeben, als es die Einnahmen zulassen. Es war unser Bestreben, die Einsparungen möglichst ausgewogen vorzunehmen und nicht einseitig die Beamten zu belasten.

Ein kurzes Fazit: Gerade in Zeiten enger Spielräume gilt es, Prioritäten richtig zu setzen. Mit den Mittelansätzen im Einzelplan 03 A wurden im Stellen- und auch im Sachhaushalt die notwendigen finanziellen Voraussetzungen geschaffen, dass der Bedarf für die bayerische Polizei und für die allgemeine innere Verwaltung gedeckt werden kann.

Im nationalen und internationalen Bereich halten wir bei der inneren Sicherheit und bei einer leistungsfähigen inneren Verwaltung jedem Vergleich stand und sind bestrebt, diese positive Entwicklung fortzuführen und unseren Vorsprung noch zu vergrößern.

Ich möchte abschließend dem Staatsminister des Innern, Herrn Dr. Günther Beckstein, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die stets gute Zusammenarbeit, für die außergewöhnlichen Leistungen insbesondere im Bereich der inneren Sicherheit ein ganz herzliches Wort des Dankes sagen.

Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zum Einzelplan 03 A in seiner endgültigen Fassung und um die Ablehnung der eingebrachten Änderungsanträge, die zusätzliche finanzielle Belastungen von über 90 Millionen Euro gebracht hätten und nicht finanzierbar wären.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Kreidl. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hartmann. Bitte schön.

**Hartmann (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir zunächst eine Bemerkung zu dem, was Staatsminister Beckstein eingangs in Bezug auf das Ergebnis der letzten Steuerschätzung gesagt hat. Er sprach von einem katastrophalen Ergebnis. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich meine, diese Wortwahl ist maßlos überzogen,

(Zurufe von der CSU)

und zwar deshalb, weil die Tatsachen einer andere Sprache sprechen. Das Ergebnis 2002 wird 14 Milliarden Euro über dem von 1998 liegen und das Ergebnis 2003 wird 5 Milliarden Euro über dem hervorragenden Ergebnis von 1999 liegen, wenn man die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Zusammenhang sieht. Ich sage Ihnen: Hören Sie endlich auf, das Land schlechter zu reden, als es ist! Stellen Sie endlich wieder die Interessen des Landes vor Ihre Parteiinteressen!

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 03 B ist ein Investitionshaushalt. Ich scheue mich auch nicht, hier zu sagen: Die Investitionsquote des bayerischen Staatshaushalts ist im Ländervergleich gut und sie ist auch gut, wenn man die Privatisierungserlöse einbezieht. Ich denke, das müssen wir auch aus der Sicht der Opposition einfach so sehen, wie es ist. Wenn sie gut ist, dann ist sie gut. Aber wo ich kritisiere, werde ich auch weiterhin kritisieren.

(Frau Radermacher (SPD): Jawohl!)

Die Investitionsquote ist aber kein Anlass für ein Ruhekitzen, Herr Staatsminister, denn die Privatisierungserlöse sind ja keine nachwachsenden Rohstoffe.

Wie ist es aber mit den Investitionen? Sie sollen ja überwiegend der Bauwirtschaft zugute kommen. Wenn wir uns den Einzelplan 03 B anschauen, stellen wir fest, dass von den 540 Millionen Euro 300 Millionen Euro für die Sanierung der Universitätskliniken aufzuwenden sind. Dieser Schwerpunkt ist, wenn man das Innenleben

dieser Kliniken kennt, bitter nötig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Bauwirtschaft befindet sich auch in Bayern im achten Jahr in Folge in einer Konjunkturkrise. Eigentlich aber ist es eine Strukturkrise. Wenn man sich den Konjunkturbericht des Baugewerbes in Bayern anschaut, kann man erkennen, dass im dritten Quartal dieses Jahres der Auftragsseingang um 12,9% unter den Vorjahreswerten liegt.

Warum diese Strukturkrise? Ich meine, ein Wesensmerkmal für diese Strukturkrise sind Überkapazitäten in der Bauwirtschaft, die wir landauf, landab haben. Ich war selbst Zeuge, als der damalige Bundesfinanzminister Waigel in Coburg eine Produktionsstätte für Betonfertigteile, Betonrohre eröffnet hatte, obwohl es zu diesem Zeitpunkt bereits die siebzehnfachen Produktionskapazitäten von der Jahresabsatzmenge her in diesem Land gegeben hat. Natürlich hat diese Produktionsstätte keine zehn Jahre überlebt. Sie ist nämlich mittlerweile wieder dicht.

Weshalb kam es zu diesen Überkapazitäten? Es kam deshalb dazu, weil in Verbindung mit der deutschen Einheit von Ihren Brüdern im Geiste, meine Damen und Herren aus der Regierungsfraktion, blühende Landschaften aus der Portokasse versprochen wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb kam es zu diesen Überkapazitäten.

(Zurufe von der CSU und der SPD)

Wieso leiden wir noch immer – auch wenn Ihnen das unangenehm ist, muss ich das sagen – unter diesen Folgewirkungen? Weil von Ihnen zum Beispiel noch mehr draufgesetzt worden ist! Sie haben in den Neunzigerjahren in den neuen Bundesländern eine Wohnungsbauförderung völlig am Bedarf vorbei betrieben. Heute bestimmen die Abrissbirnen die Landschaft.

Das heißt aber, man muss genau hinschauen, wie die Investitionen letztlich eingesetzt werden. Dazu braucht man natürlich auch eine leistungsfähige Staatsbauverwaltung. Wie aber ist der innere Zustand unserer Staatsbauverwaltung? Erlauben Sie mir, den Chef der obersten Baubehörde, Herrn Schneider, der hier anwesend ist, zu zitieren. In der Zeitschrift „Bau intern“ vom August dieses Jahres hat er mit Bezug auf den Personalstand geäußert:

Bei einigen Ämtern

– in der Staatsbauverwaltung ist gemeint –

ist inzwischen ein Stand erreicht, der die Betreuung der eingeschalteten privaten Planer nicht mehr im erforderlichen Maß zulässt. Damit besteht die Gefahr, dass die Bauverwaltung die Terminvorgaben und die notwendige Qualität und Kostensicherheit nicht mehr gewährleisten kann. Die Folge sind bau-, haushalts- und vergaberechtliche Probleme, unzufriedene Kunden, demotivierte Mitarbeiter und für alle Beteiligten unerfreuliche Beschwerden bis

hin zu den politischen Spitzen. Das Image der Staatsbauverwaltung steht auf dem Spiel.

Ich denke, unter solchen Rahmenbedingungen muss man allen Beschäftigten in der Staatsbauverwaltung aus der Sicht dieses Hohen Hauses einen hohen Dank ableisten für die Arbeit, die sie unter diesen Rahmenbedingungen leisten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Folge dieses Zustandes ist aber auch, Herr Kollege Gabsteiger, eine Konzeptionslosigkeit in politischen Entscheidungen und Weichenstellungen.

(Zurufe von der CSU)

Ich erinnere an das Beispiel der Staatsstraßen hier in Bayern. Da waren ursprünglich nach unserer Einschätzung die Mittel nicht ausreichend. Wir haben Anträge zur Nachbesserung gestellt. Die CSU ist ihnen gefolgt, allerdings nicht in der im Antrag erfordernten Höhe. Am 14. November haben Sie einen Antrag gestellt, zusätzlich 10 Millionen Euro draufzulegen. Am 28. November ist dieser Antrag kassiert worden und am 3. Dezember haben Sie dann wieder 6 Millionen Euro draufgelegt. Dieser Zickzackkurs ist, glaube ich, kein gutes Beispiel. Er ist auch Ausdruck des inneren Zustandes sowohl Ihrer Politik als auch der Staatsbauverwaltung.

Zum Thema Bundesfernstraßen: Herr Staatsminister, ich will Ihnen hier versichern, dass wir uns seitens der SPD-Landtagsfraktion gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, dass es zu einer Umschichtung von Mitteln von der Schiene zur Straße kommt, wenn die Mittel im Bereich der Schiene nicht in der gebotenen Schnelligkeit abgerufen werden und zum Einsatz kommen können. Wir werden uns im Interesse des Landes dafür stark machen, dass nicht verbrauchte Schienenmittel vorzugsweise umgeschichtet werden, was natürlich am Gesamtableau Schiene – Straße nichts ändern wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt noch weitere Beispiele für die Konzeptionslosigkeit. Ich erinnere daran, dass sich unsere Studenten, und zwar nicht nur in Würzburg – aber da war dieser Fall letztmals am 8. November neu aufgemacht worden –, in Matratzenlagern ihre Wohnungsunterkünfte suchen und aufbauen müssen. Das ist kein gutes Zeugnis für die Wohnungsbaupolitik der Bayerischen Staatsregierung im Bereich der Studentenwohnungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist aber auch kein gutes Zeugnis, wenn Sie den Vertrauensschutz im sozialen Wohnungsbau mit Füßen treten, wie am 9./10. November den „Nürnberger Nachrichten“ zu entnehmen war. Dort wurde per E-Mail über Nacht die Förderungsfähigkeit zurückgenommen und bereits begonnene Vorhaben wurden aus der Förderung wieder herausgenommen und hatten darunter zu leiden.

Ich meine, diese Beispiele zeigen, dass Sie vom Konzept einer nachhaltigen Finanzpolitik im Einzelplan 03 B

weit entfernt sind, Herr Staatsminister. Ihr Zickzackkurs bei den Staatsstraßen, der Vertrauensschutz im sozialen Wohnungsbau und die Matratzenlager bei den Studentenwohnungen sind Beispiele.

Ich will kurz auf die Investitionsquote eingehen, weil letztlich durch sie die Nachhaltigkeit maßgeblich beeinflusst werden kann. Wenn wir in den neuesten Bericht des Oberen Rechnungshofs hineinschauen, dann sehen wir die Investitionsquote Bayerns: 1999 15,3, im Jahr 2000 bei 14,9 und im letzten Jahr, 2001, bei 14,5%. Der Durchschnitt der Flächenländer West betrug 1999 10,0, 2000 10,4 und 2001 10,8. Das heißt, wir bewegen uns aufeinander zu. Herr Staatsminister Beckstein, Sie haben nach meiner Einschätzung nicht den geringsten Anlass zur Selbstzufriedenheit und zur Selbstgefälligkeit. Die Aufgaben, die vor uns liegen, erfordern mehr Mut und mehr Kreativität.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Vielen Dank, Herr Kollege Hartmann. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Strehle.

**Strehle (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 B ist, wie wir schon gehört haben, ein Investitionshaushalt gegenüber dem 03 A, der hauptsächlich durch Personalausgaben geprägt ist. Von den 1,4 Milliarden €, die wir jeweils für 2003 und 2004 veranschlagt haben, werden 44% für Investitionen ausgegeben, das ist ein deutliches Zeichen gegenüber dem Gesamthaushalt.

Ich meine, dass die Ausgabenansätze, die wir gerade für die staatlichen Hochbaumaßnahmen ausgewiesen haben, ausreichend sind, um große staatliche und kommunale Maßnahmen fortführen und ungehindert fertig stellen zu können. Es sind zudem eine Reihe von neuen Maßnahmen ausgewiesen, mit denen 2003 und 2004 begonnen werden kann.

Für den Bauunterhalt haben wir eine Steigerung von 3,4% in diesem Doppelhaushalt vorgenommen. Damit haben wir dem Ersuchen des Bayerischen Landtags entsprochen, die Bestandserhaltung zu stärken und die Gebäude und Anlagen besser instand zu setzen. Leider – das muss ich einräumen – kann der Bewilligungsrahmen im sozialen Wohnungsbau nicht auf dem Niveau des Jahres 2002 gehalten werden. Wegen der allgemein bekannten finanziellen Situation und vor allem auch wegen dem erklärten Ziel zum Abbau der Neuverschuldung musste die Rückführung dieser freiwilligen Leistungen vorgenommen werden.

Aber, meine Damen und Herren – und das ist an die Adresse der Opposition gerichtet –, das Wehklagen, dass die Mittel für den sozialen Wohnungsbau eingeschränkt werden, ist vordergründig. Denn wir wissen, dass der Bund in der Vergangenheit seine neuen Bewilligungsmittel deutlich reduziert hat. Der Bewilligungsrahmen im sozialen Wohnungsbau hat noch 1997 über eine Milliarde, 1,27 Milliarden € betragen. Diese wurden

gekürzt auf 300 Millionen € im Jahr 2002, das heißt, in diesem Jahr stehen bereits 70% weniger Bundesmittel für den Wohnungsbau zur Verfügung als vor fünf Jahren. Allein diese Bundesregierung hat in der vergangenen Legislaturperiode diese Mittel um 50% reduziert.

Es ist richtig, dass wir miteinander das Ziel verfolgen, in Zukunft höhere Ansätze vorzunehmen. Herr Innenminister Beckstein hat in seiner Rede ausgeführt: Jeder in der Wohnungsbauförderung investierte Euro bewirkt ein Bauvolumen in der Höhe von rund 6€, das heißt eine Anstoßfinanzierung, die dringend notwendig wäre, um die Bauwirtschaft zu beleben.

Aber, meine Damen und Herren von der SPD, Ihr Oberbürgermeister Christian Ude hat Ihnen deutlich gesagt, was die Wohnungsbaupolitik angeht, dass gerade die Kürzung der Eigenheimzulage eine verheerende Wirkung hat auf den Wohnungsmarkt gerade hier in München, der darunter leidet, dass sich der Bund fast völlig aus der Förderung des Wohnungsbaus zurückgezogen hat. OB Christian Ude sagte wörtlich: „Die Bundesregierung hat die Risiken und Nebenwirkungen ihrer Politik nicht ausreichend bedacht.“ Das ist es, was Ursache und Wirkung ausmacht, gerade im Bereich des Wohnungsbaus.

Wir müssen – und dafür haben wir uns in diesem Haushalt eingesetzt – im Bereich der Wohnungsmodernisierung entsprechend mehr Mittel ausweisen. Wir haben durch einen Antrag der CSU erreichen können, dass der Vorjahresstand von rund 17,9 Millionen € wieder herbeigeführt wird. Das ist wichtig, denn gerade in der Sanierung von Wohnungsbeständen haben wir einen großen Nachholbedarf, nachdem sich eine Vielzahl von Wohnungen heute nicht mehr als zeitgemäß erweisen. Von den bayerischen Wohnungsbaugesellschaften ist uns bedeutet worden, dass es in Zukunft weniger Häuser geben wird, die neu gebaut werden, als alte, die unbewohnbar werden. Auch das ist ein ganz wichtiges Zeichen, das wir für die Bauwirtschaft setzen, vor allem für den Mittelstand, die Handwerker, die in diesen Ausbaugewerken Aufträge bekommen sollen.

Im Studentenwohnraumbau haben wir die Zuschüsse des Landes auf einem hohen Niveau, auf je 15,3 Millionen €, halten können. Sicherlich muss man auch hier Prioritäten setzen, Schwerpunkte dort, wo in den Ballungsräumen der Studentenwohnraum sehr knapp ist. Aber ich meine, dann können wir diese Aufgabe auch erfüllen.

In der Städtebauförderung profitieren wir in großem Umfang von den EU-Strukturfondsprogrammen, die entsprechend in Bayern umgesetzt werden. Leider führt auch hier der Bund seine Mittel für die elf alten Länder um mehr als 100 Millionen € zurück. Dadurch werden, wie ich meine, wichtige Anstoß- und Bündelungseffekte von mehreren Hundert Millionen € im Bereich der Städtebauförderung ausbleiben.

Meine Damen und Herren, das Wohngeld ist mit jeweils 310 Millionen € mittlerweile der größte Einzeltitel dieses Einzelplans 03 B. Insgesamt zeigt sich durch den Anstieg des Wohngeldes, dass wir allmählich eine Verla-

gerung von der Objektförderung durch den sozialen Wohnungsbau hin zur Subjektförderung über das Wohngeld bekommen.

Meine Damen und Herren, ein ganz wichtiger Bereich ist für uns der Staatsstraßenbau, für den wir für Umbau- und Ausbaumaßnahmen, aber auch für die Bestandserhaltung in diesem Haushalt entsprechende Zeichen gesetzt haben. Neben den 15 Millionen € aus der Hightech-Offensive haben wir jeweils rund 134 Millionen € ausgewiesen. Herr Kollege Hartmann, die CSU-Fraktion hat sich konsequent für eine Erhöhung um 10 Millionen € eingesetzt und wir haben das auch miteinander beschlossen. Ich meine, dass das wichtig ist, gerade angesichts des großen Nachholbedarfs. Das heißt, die in dieser zweiten Nachschubliste vorgesehene Kürzung um jeweils 4 Millionen € wird dadurch nicht wirksam.

Ich meine, dass wir mit diesen Investitionen im Hoch- und im Tiefbau wichtige Akzente setzen, gerade auch für die Bauwirtschaft. Es soll die einfache Formel gelten: Geht es dem Bau gut, geht es auch der Wirtschaft gut. Insofern ist jeder Euro, der eingesetzt wird, auch für die anderen Branchen ein ganz wichtiges Anschubelement.

Mit dem vorliegenden Haushalt können die Investitionen auf einem hohen Niveau weitergeführt werden. Mein Dank gilt auch hier und heute allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der staatlichen Bauverwaltungen, aber auch allen, die an der Umsetzung dieses Haushaltes beteiligt sind. Ich bitte Sie um Zustimmung zum Haushalt 03 B des Innenministeriums.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Volkmann.

**Volkmann (SPD)** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf mich auf den sozialen Wohnungsbau beziehen. Ich nehme Bezug darauf, dass im vergangenen Jahr noch 286 Millionen € für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung standen und dass die zunächst auf 200 Millionen € und dann auf 188 Millionen € zurückgeführt worden sind. Ich darf erinnern, dass die CSU, wie auch eben geschehen, immer massiv das Vorgehen des Bundes in dieser Sache kritisiert – übrigens durchaus zu Recht; wir haben das auch kritisiert; wir wollten da auch immer mehr haben. Sie müssen sich aber über eines im Klaren sein: Mit dem Haushalt, den Sie heute vorlegen und den Sie heute verabschieden werden, verwirken Sie jedes Recht, auf Bundesebene nochmals zu kritisieren, dass dort die Mittel für den sozialen Wohnungsbau zurückgefahren werden, solange Sie selbst die Mittel nicht deutlich erhöhen. In diesem Zusammenhang muss ich sagen: Das zurzeit Ärgerlichste in dieser Bundesrepublik ist, dass die CSU buchstäblich alles schlecht macht, nur herumörgelt und sich in hohem Maße destruktiv verhält. Dies schadet der Republik insgesamt, nicht nur der Bundesregierung. Sie sollten dies endlich unterlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zurück zu den Zahlen des Haushalts. Sie waren ohnehin schon erheblich gekürzt. Was uns gestern als absolute Überraschung noch erreicht hat, war die Tischvorlage der CSU vom 3. Dezember für den Haushaltsausschuss. Dort haben Sie allen Ernstes in Anbetracht der ohnehin schon schwierigen Situation eine Kürzung vorgenommen. Ich bin mir ganz sicher, Herr Beckstein, Sie haben in Ihrer Fraktion deutlich gemacht, dass Sie mit dieser Kürzung, vor allem mit dem Ausmaß dieser Kürzung überhaupt nicht einverstanden sein können. Trotzdem wird im Haushaltsausschuss von Ihrer Fraktion eine Tischvorlage eingebracht, in der die Mittel für den sozialen Wohnungsbau nochmals um 4 Millionen DM gekürzt und zum Straßenbauhaushalt verschoben werden. Welche Problemerkennung haben Sie eigentlich, meine Damen und Herren? Sie müssen sich doch einmal darüber im Klaren sein, dass in der Bundesrepublik seit dem 1. Januar dieses Jahres das neue Wohnraumförderungsgesetz gilt – eine sehr erfreuliche Entwicklung, von den Ländern, auch von Bayern unterstützt. Das Zweite Wohnungsbaugesetz aus dem Jahre 1956 wurde endlich abgelöst. Der soziale Wohnungsbau bedurfte wirklich einer Veränderung.

Mit diesem neuen Wohnraumförderungsgesetz wird in Zukunft nicht nur der Neubau, sondern auch die Bestandserhaltung gefördert. Auch der Erwerb von Belegungsbindungen wird einbezogen. Sie wissen genau, wie hoch die Zahl der Sozialwohnungen ist, die aus der Belegung herausfallen. Es wäre sinnvoll, Belegungsbindungen zu erwerben. Leider kann dies weder jetzt noch in Zukunft geschehen, weil Sie die Mittel dermaßen drastisch zurückgefahren haben.

In der Bundesrepublik haben wir mit dem Wohnungsmarkt einen ungewöhnlich gespaltenen Markt, wie wir ihn in der Geschichte dieser Republik noch nie hatten. Meine Damen und Herren, dabei handelt es sich um das Phänomen, dass wir auf der einen Seite in München und in einigen anderen Städten einen extrem knappen Markt mit einem viel zu geringen Angebot haben, während wir auf der anderen Seite gleichzeitig in anderen Gebieten, insbesondere in den neuen Bundesländern, Wohnungsleerstände haben. Dort werden Ihnen Wohnungen angeboten, in denen Sie die ersten zwei, drei Monate mietfrei wohnen können. Dieses extreme Auseinanderklaffen haben wir aber auch allmählich in Bayern. Nach Auskunft des vdw gibt es in Tischenreuth und Selb – ich meine, auch Selb war dabei – Wohnungsbaugesellschaften, die bereits einen Leerstand von über 20% haben.

(Willi Müller (CSU): Da wird schon abgerissen!)

– Ich höre gerade, dass da zum Teil sogar schon abgerissen wird. Hier wird sozusagen in die Vernichtung von Wohnungen investiert. Dabei stellt sich die Frage, ob die Zusammenlegung kleinerer Wohnungen zu größeren Einheiten, das Anbauen von Balkonen und generell das Modernisieren nicht der bessere Weg wären. Diese Situation haben wir also in Bayern auch. Der Markt ist ungewöhnlich gespalten. Er fällt in beide Extreme auseinander. In dieser Situation muss natürlich gestaltet werden; da muss die Politik gestalten. Genau das macht die Politik nicht, wenn sie die Mittel für den sozialen Woh-

nungsbau in einer so drastischen Art und Weise zurückführt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte Sie noch auf ein weiteres Problem aufmerksam machen. Herr Kollege Kempfler hat vorhin schon darauf hingewiesen, dass nach Bayern eine Zuwanderung stattfindet. Dies wird nach übereinstimmender Auffassung von Fachleuten auch in den kommenden Jahren so sein. Das heißt, dass wir in dieser Situation eine zusätzlicher Verknappung bekommen werden. Wenn wir aber eine solche Verknappung bekommen, dann heißt das, dass, wenn man soziale Spannungen vermeiden will, mehr ausgegeben und mehr investiert werden muss und die Mittel nicht zurückgefahren werden dürfen, wie das jetzt der Fall ist. Deshalb wünsche ich mir für den sozialen Wohnungsbau, Herr Beckstein, für die Zukunft wieder einen größeren Realismus, eine Anerkennung dieser Notwendigkeit. Die Wohnungspolitik ist in den vergangenen zehn, zwanzig Jahren ohnehin immer mehr in den Hintergrund getreten, weil man meinte, das Problem sei in weiten Bereichen gelöst, was gar nicht zu bestreiten ist. Anderswo gibt es aber solche Verwerfungen, dass man auf der einen Seite hohe Werte abbuchen muss, aber auf der anderen Seite viel zu wenig hat. Wie gesagt: Diesen Realismus – damit möchte ich zum Schluss kommen – wünsche ich Ihnen auch bei der Betrachtung der Situation in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Diese Republik ist sehr viel besser, als Sie sagen, indem Sie sie zur Zeit mies- und schlechtreden. Es wäre hilfreich, wenn Sie damit endlich aufhören würden.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Letzter Debattenredner ist Herr Kollege Heike.

Ich werde gerade darauf hingewiesen – ich hätte es beinahe vergessen –, dass zu beiden Haushalten, also 03 A und 03 B, jeweils eine namentliche Abstimmung vorgesehen ist.

(Glück (CSU): Eine würde auch reichen!)

– Wunderbar, dann stimmen wir namentlich über den Einzelplan 03 B ab. Das ist hilfreich. Dann sind alle bei beiden Abstimmungen anwesend, und wir können das Prozedere vielleicht etwas beschleunigen.

Herr Heike, Sie haben das Wort.

**Heike (CSU)** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen. Ich will versuchen, mich kurz zu fassen. Nachdem aber zum Schluss vom Kollegen Volkmann und vorher vom Kollegen Hartmann der Appell kam, man soll nicht alles mies machen und schlecht reden, will ich dies doch zunächst einmal Ihrer eigenen Kollegin, Frau Schmitt-Bussinger, auf den Weg geben. Von ihr ist uns wieder einiges zum Thema „mies machen und schlecht reden“ vorgeführt worden.

(Hoderlein (SPD): Sehr sachlich!)

Ich meine, wir sollten anfangen, miteinander zu diskutieren. Wenn Sie das aber unbedingt wollen, können wir natürlich auch noch einiges zur Sicherheitspolitik sagen. Ich glaube, der Herr Minister wird dies zum Schluss auch noch machen.

Eines ist auf jeden Fall klar: Wir haben bisher – und wir werden versuchen, dies auch weiterhin beizubehalten – keine Stellen bei der Polizei reduziert und eingespart. Wir haben einen Ausbau von Beamtenstellen, und das ist auch richtig und wichtig.

Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, ich muss noch einmal auf Sie eingehen. Sie haben dringend appelliert, wir sollen alles Mögliche ernst nehmen. Ich gebe Ihnen dies gerne zurück.

Bitte nehmen Sie ernst, dass es eine tolle Sache ist, dass wir in diesem Jahr bei der Polizei 5000 Beförderungen vornehmen können. Nehmen Sie bitte auch ernst, dass wir bei der Polizei 2500 Stellenhebungen und damit 2263 Beförderungen durchführen können.

Nehmen Sie bitte auch ernst, dass weitere 100 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten geschaffen werden. Nehmen Sie bitte aber auch ernst, dass die Ausbildungsreform mit einer noch besseren Schulung auf den Weg gebracht wird.

Nehmen Sie bitte auch ernst, dass 66 Millionen € für die Informationstechnik der Polizei eingestellt werden. Nehmen Sie bitte ernst, dass bis Ende dieses Jahres alle Polizeidienstgebäude verkabelt und angeschlossen werden.

Vergessen Sie bitte nicht und nehmen Sie auch ernst, dass wir in diesen Haushalt weitere 37 Millionen € für Funk und Notruf eingestellt haben.

Da muss ich Ihnen natürlich sagen, schlecht reden ist hier der Fall. Wenn wir die Umfragen hören, wie sich die Bürger fühlen, dann heißt es über 70% unserer bayerischen Bürger fühlen sich gut bis sehr gut von der Polizei geschützt. Ich meine, wenn wir die geringste Kriminalität und die höchste Aufklärungsquote innerhalb der Bundesrepublik haben, können wir auch darauf stolz sein; nicht wir, sondern die Gesamtheit und vor allem auch die Polizei, der ich ausdrücklich mein Lob übermitteln will.

Ich bitte Sie deshalb, Frau Kollegin, beenden Sie Ihre Kampagne des Kritisierens. Schlimm ist es, außerhalb des Hauses die Polizisten zu kritisieren; das haben Sie nicht gemacht, aber Ihr Vorgänger hat zum Beispiel in Nürnberg Polizisten als – – Ich sehe, Kollege Gantzer kommt schon mit einem roten Schild; das nächste Mal bringe ich meine rote Karte mit, dann muss er nämlich rausgehen.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nach unserer Geschäftsordnung darf grundsätzlich nichts herumgezeigt werden.

**Heike (CSU):** Er lässt das Kind im Manne ein bisschen spielen.

Wenn ich höre, Frau Schmitt-Bussinger, dass Ihr Vorgänger im Amt, die Nürnberger Polizei als Kindergarten und Kollege Dr. Köhler, der in den Bundestag gegangen ist, die Polizei in Oberfranken als Altenheim bezeichnet hat, muss ich sagen, war das mit Sicherheit für den Umgang mit unserer Polizei nicht dienlich. Ich glaube, das wird sich hoffentlich unter Ihrer Ägide ändern.

Wir möchten gern, dass die innere Sicherheit so behandelt wird, wie es bisher ist. Dass Sie bei Innenminister Günther Beckstein in guten Händen ist, zeigen die Erfolge und das kann man auch ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ein paar letzte Sätze zu den Ausführungen der Frau Kollegin Tausendfreund. Ich weiß nicht, ob Sie richtig informiert sind, wenn Sie beim Grundsicherungsgesetz davon gesprochen haben, das müsse natürlich vom Bund bezahlt werden. Wenn unter „natürlich“ zu verstehen ist, dass es ganze 15% sind, und 85% von den Kommunen zu tragen sind, kann das nicht in unserem Sinne sein. Sie haben den Straßenbau angesprochen, bei dem Mittel hätten gekürzt werden sollen. Liebe Frau Kollegin, gehen Sie einmal auf das flache Land, ich glaube nicht, dass Sie sich da sehr viele Freunde machen, wenn Sie solche Forderungen erheben. Wir brauchen eine Verbesserung beim Staatsstraßenbau und ich meine, es ist der richtige Weg, hier etwas dazuzugeben.

Noch etwas anderes, was mich schon beeindruckt hat: Sie kritisieren, dass V-Leute bei den Rechtsextremisten untergebracht werden. Liebe Frau Tausendfreund, wie sollen wir denn sonst der Aufgabe Rechnung tragen können?

(Frau Tausendfreund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
In Leitungsfunktionen!)

– Auch in Leitungsfunktionen. Seien Sie mir nicht böse, aber das sind genau die Stellen, an denen wir die Betroffenen verunsichern können. Genau das ist der Sinn der Sache, dass diese nicht ungeschützt arbeiten können, egal in welchem Bereich. Ich denke, wir werden uns alle darin einig sein, dass alle Extremisten bekämpft werden müssen, und zwar sowohl die rechten als auch die linken; sie müssen auch überall bekämpft werden. Dann sind wir wieder auf dem richtigen Weg.

Ein letzter Satz zur Feuerwehr, weil das vorher nur am Rande angesprochen wurde: Ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN – Sie stehen in der Verantwortung und können Weichen stellen –, sorgen Sie dafür, dass es endlich eine Möglichkeit gibt, unsere Ehrenamtler bei Feuerwehr, Katastrophenschutz und überall, wo sie sich für die Allgemeinheit einsetzen, ernsthaft zu unterstützen und zu entlasten. Das, was Sie bisher tun, ist nur ein Kinderspiel; Sie wollen nur versuchen abzulenken.

(Gartzke (SPD): Das Problem ist erledigt)

Wenn Sie auf diese Art und Weise schon versuchen müssen Steuern zu holen, dann gute Nacht Deutsch-

land. Ich bin damit am Ende und bitte alle miteinander sich zu überlegen, ob wir uns so zum Nachteil unserer Ehrenamtlichen und unserer Helfer, die immer wieder dafür sorgen, dass es uns gut geht, verhalten sollten. Das ist schlechter Stil.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat Herr Staatsminister des Innern das Wort.

**Staatsminister Dr. Beckstein** (Innenministerium): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst bei den Kollegen der eigenen Fraktion – Dr. Kempfler, Kreidl, Strehle und Jürgen Heike – sehr herzlich für die sachgemäße Darstellung der wesentlichen Elemente dieses Haushalts bedanken. Mit großer Sachkenntnis sind die profunden Details im einzelnen dargestellt worden. Es ist klar geworden, dass es in einer schwierigen Zeit notwendig ist, Prioritäten zu setzen. Ich möchte mich vor allem nicht nur dafür bedanken, dass Sie die Probleme dargestellt haben, sondern auch im Vorfeld mitgeholfen haben. Es ist klar, dass die eigene Fraktion im Vordergrund steht, weil dabei sozusagen die gemeinsame „Schlachtordnung“ stimmt. Ich möchte mich aber auch ganz bewusst bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition bedanken.

Sinn der Sache ist, dass man gerade in schwieriger Zeit über den richtigen Weg sorgfältiger streitet. Gerade wenn die Mittel knapp sind, muss man sehen, wo gespart werden kann und wo Notwendigkeiten bestehen. Ich bedanke mich insoweit auch für die kritische Anmerkung zur sozialen Wohnraumförderung. Herr Kollege Volkmann, Sie haben natürlich Recht, dass es sich um schmerzliche Einschnitte handelt. Wenn wir im Laufe der letzten zehn Jahre in Bayern die Mittel von 370 Millionen auf 186 Millionen reduziert haben, bedeutet das eine Reduktion auf 51% der damaligen Höhe. Ich will aber auch hinzufügen: Die Mittel des Bundes sind in dem gleichen Zeitraum von 257 Millionen auf 28 Millionen zurückgeführt worden.

(Volkmann (SPD): Da waren Sie aber zur Hälfte dabei!)

Ich darf Ihnen dazu sagen, soweit es Bayern betrifft: Im Jahre 1997 hatten wir noch 111 Millionen und im Jahre 2003 haben wir noch 28 Millionen. Das heißt, dass Rot-Grün im Glashaus sitzt, ist offensichtlich. Derjenige, der im Glashaus sitzt – noch dazu mit ganz dünnen Wänden und nicht mit Sicherheitsglas –, der sollte nur behutsam Kritik üben, so wie Sie das auch getan haben. Wir müssen uns darum bemühen, im Rahmen der knappen Mittel Schwerpunkte zu setzen. Beim Studentenwohnungsbau in München wurde bisher – ich bemühe mich auch für die Zukunft – kein einziger Antrag abgelehnt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich werde alle Anstrengungen unternehmen, dass sich das in der Zukunft nicht ändern wird.

(Volkmann (SPD): Unser Antrag wurde abgelehnt! Er ist auf der Liste der zweite!)

Wir können im Wege der gegenseitigen Deckung Mittel in Anspruch nehmen; diese Deckungsfähigkeit ist auf 15 Millionen € erhöht worden, so dass wir dafür die Möglichkeiten haben. Ich selbst habe mich vor einem Jahr nicht nur an den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, sondern auch an die Kirchen gewandt mit der Bitte, Grundstücke für den Studentenwohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Ich meine, dass das in der Tat eine der vorrangigsten Aufgaben ist. Wie die Studenten untergebracht sind, ist zum Teil beschämend. Um dem abzuhelfen, müssen wir alle Anstrengungen unternehmen und dafür wird auch Geld da sein.

In München benötigen wir weiterhin sozialen Wohnungsbau, weil es hier eine echte Wohnungsknappheit gibt. Ich habe mich über Parteigrenzen hinweg mit der Bauministerkonferenz massiv dafür eingesetzt, dass die Vorschläge des Herrn Ude für eine Regionalisierung der Fördermittel umgesetzt werden und festgestellt, dass ich weder bei Kollegen der SPD noch beim Bundesbauminister Unterstützung gefunden habe. Ich selber war der einzige, der das Anliegen massiv vorangebracht hat.

Ich denke, wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um bei diesem Problem einen Schwerpunkt zu setzen, und ansonsten sehen, welche weiteren Möglichkeiten wir bei der Eigenheimförderung haben. Die Reduzierung der Eigenheimzulage, Herr Kollege Volkmann, ist in diesem Zusammenhang als wüster Kahlschlag zu sehen, der noch weit größere Schäden anrichtet als unsere Reduzierung; das werden Sie als Fachmann nicht bestreiten. Zur Presseerklärung des Bundes, man habe für die Mehrkindfamilien die Förderkonditionen in etwa gleich gelassen, muss ich sagen: Wir haben ausgerechnet, dass das zwar stimmt, aber erst bei sehr großen Familien, nämlich nach der Geburt des 48. Kindes; dann hätten wir die gleiche Förderquote wie bisher. Das zeigt die Scheinheiligkeit; es geht nicht um Familienfreundlichkeit, sondern um eine brutale Reduzierung.

(Beifall bei der CSU)

Die Personalressourcen in der Bauverwaltung sind knapp, aber ich stehe dazu, dass es richtig war, Personal zu reduzieren. Wir haben die Bauverwaltung von einer reinen Bauverwaltung in eine Baumanagementverwaltung umstrukturiert, das heißt, wir vergeben sehr viel mehr als früher an Freiberufler. Dass man dabei eigene Überprüfungsmöglichkeiten haben muss, haben wir nicht zuletzt bei einer so schwierigen Maßnahme wie der Pinakothek der Moderne erlebt und durchlitten, wo wir festgestellt haben, dass die Vergabe des Controllings nach außen nicht so wirksam war, wie wir uns das vorgestellt haben.

Ich danke auch hier der Staatsbauverwaltung für die qualifizierte Leistungen und möchte ausdrücklich anerkennen, Herr Kollege Hartmann, dass wir bei der Diskussion keine allzu großen Unterschiede hatten.

Zu den Beiträgen der Kolleginnen Frau Tausendfreund und Frau Schmitt-Bussinger möchte ich auch einiges

anfügen. Frau Tausendfreund, als Sie mit dem Glückwunsch an Kollegen Hofmann und mit dem Nikolaustag begonnen haben, habe ich gedacht, dass dies eine geistreiche Rede werde. Ich bitte Sie, es mir nicht krumm zu nehmen, dass ich während Ihrer Rede nur ein Stück des Nikolaus gesehen habe – das war ein langer Bart.

(Beifall bei der CSU)

Es waren Päckchen, die wir von der jahrelangen Tätigkeit kennen. Vielleicht wollten Sie mir auch ein Bärchen übergeben. Das wäre aber eine Machohaltung, die ich Ihnen gegenüber nie äußern würde. Vielleicht haben Sie mit einem grünen Blindenstab, aus Berlin kommend auf einem absolut nebulösen Weg herumgestochert und wollten uns den Weg ebnen, damit wir die Prioritäten sicherer finden. Wenn Sie dieses Symbol gemeint haben, hätten wir es getroffen.

Ihre Bemerkung zum „Bavarian patriotic act“ ist nicht völlig falsch. Ich meine, dass man in der Tat dafür sorgen muss, dass die unterschiedlichen Verwaltungen nicht nebeneinander arbeiten sollen, sondern zu einem einheitlichen Konzept zusammengefügt werden müssen. Ich glaube, wir haben das in Bayern weit über die Sicherheitspakete I und II hinaus verwirklicht.

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, Sie haben bei der Gemeindefinanzreform vergessen, die Konnexität auf Bundesebene anzusprechen. Ich bitte herzlich darum, ehrlich miteinander umzugehen. Selbst Ude sagt, dass die erste Priorität bei den Schwierigkeiten der Kommunalfinanzen auf Bundesebene liege.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb müssen Sie ein deutliches Wort reden, dass der Bund die Konnexität gegenüber den Kommunen einfügen muss.

(Loscher-Frühwald (CSU): Das will er nicht!)

Sie sollten es wenigstens so laut sagen, dass man das in diesem Raum hört. Dass man in Berlin die Stimme der bayerischen SPD nicht hört, daran müssen Sie sich und wir uns nicht gewöhnen, das wissen wir. Sie wissen es auch. Aber in diesem Raum sollte man es hören.

(Beifall bei der CSU)

Ihre Bemerkungen, Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, zur Polizei versuche ich durchaus ernst zu nehmen. Wir haben zwar Personalmangel, andererseits beneidet mich jeder Kollege der Innenministerkonferenz wegen folgender Bilanz: Wir hatten im Jahr 1980 36213 Stellen, im Jahr 2002 38007 und werden im Jahr 2004 38405 Stellen haben. Bei der gestrigen Innenministerkonferenz habe ich zurückgefragt und erfahren, dass kein anderes Land von Stellenkürzungen bei der Polizei hat absehen können. Wir sind das einzige mit gewissen Mehrungen. Sicherheit hat bei uns Priorität. Das ist richtig; denn jeder weiß, dass ohne Sicherheit Freiheit nicht möglich ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte darum, bei den Diskussionen mit den Berufsvertretern, keine völligen Illusionen darzustellen. Es hilft Ihnen nichts, wenn Sie völlig an der Realität vorbei Forderungen stellen. Anlässlich der gestrigen Innenministerkonferenz gab es eine große Demonstration von Ver.di, die sich gegen die Stellenkürzungen bei der Polizei gerichtet hat. Auf meine Bemerkung, dass dies Bayern nicht betreffe, weil es dort Stellenmehrungen gebe, äußerten die anderen Innenminister, dass sie das auch gerne hätten. Wir sollten also den Personalvertretungen nichts vormachen.

Zur Umsetzung des Sicherheitspakets kann ich mit Selbstbewusstsein sagen: Wir haben insbesondere die Bereiche Terrorismusgefahr umgesetzt. Neunburg vorm Wald ist nicht gerade Schwerpunkt der Terrorismusgefahr, sondern das sind der Staatsschutz, das strategische Innovationszentrum und die Geldwäsche. Wir haben diese zweite Ermittlungsdimension.

Zur Kinder- und Jugendkriminalität habe ich mit großem Interesse gehört, dass das Schulschwänzer-Programm nunmehr von der bayerischen SPD unterstützt wird. Ich kenne viele andere Äußerungen der Vergangenheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Präsident hat mir mitgeteilt, ich habe das Recht, 15 Minuten zu reden. Wenn ich kürzer reden würde, würde ich mir viele Freunde machen. Ich möchte dazu einen kleinen Beitrag leisten und bedanke mich bei allen für die Unterstützung der Belange der Ressorts 03 A und 03 B.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Jetzt hat sich Minister Beckstein den Nikolaus wirklich verdient.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 11 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2003/2004, Einzelplan 03 A, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 14/11078 zugrunde.

Der Einzelplan 03 A wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/11078 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 A, entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneter Hartenstein (fraktionslos). Damit ist der Einzelplan 03 A mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 132 Absatz 5 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Abgeordneter Hartenstein (fraktionslos). So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/11078 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 14/10745, 14/10750 und 14/10751 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt hiervon Kenntnis.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 12. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2003/2004, Einzelplan 03 B, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 14/11083.

Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/11083 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt. Die Ja-Urne ist auf der Seite der CSU-Fraktion, die Nein-Urne auf der Oppositionsseite, jeweils im Bereich der Eingangstüren aufgestellt. Die Urne für Stimmhaltungen befindet sich auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.59 Uhr bis 12.04 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wird die Sitzung kurz unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.04 Uhr bis 12.06 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung wird wiederaufgenommen. Ehe ich das Ergebnis der Abstimmung bekannt gebe, möchte ich auf Folgendes hinweisen: In den Postfächern draußen liegen sehr viele Drucksachen, die für die Plenarsitzungen ab Dienstag erforderlich sind. Ich weise darauf hin, dass die Dreitägfrist gewahrt ist, wenn die Drucksachen in den Postfächern liegen. Ich bitte Sie also, in Ihre Postfächer zu schauen und die Drucksachen mitzunehmen.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist wie folgt: Mit Ja haben 88 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 64, Stimmhaltungen keine. Damit ist der Einzelplan 03 B mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Gemäß § 132 Absatz 5 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste der Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Kolleginnen und Kollegen des Hauses. Gegenstimmen? – Keine. Stimmhaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 14/11083, weise ich noch darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 14/10752 seine Erledigung gefunden hat. – Das Hohe Haus nimmt hiervon Kenntnis.

Die Beratung der Einzelpläne 03 A und 03 B ist damit abgeschlossen.

Auch unser Tagesprogramm ist damit abgeschlossen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Nikolaustag, viele Weihnachtsfeiern am Wochenende und schließe die Sitzung.

(Schluss 12.08 Uhr)

## Zu Protokoll gegebene Fortsetzung der Ausführungen der Abgeordneten Susanne Tausendfreund zu den Tagesordnungspunkten 11 und 12 Haushaltsplan 2003/2004 – hier Epl 03 A und Epl 03/B

Das großartig gefeierte bayerische Sicherheitspaket in Höhe von 200 Mio. vom Herbst 2001, das noch im Eindruck des 11. September gestrickt wurde, ist noch gar nicht so richtig in die Tat umgesetzt. Bei der Feuerwehr konnten bis heute die Mittel für besondere Fahrzeuge für den Katastrophenschutz nicht abgerufen werden, weil die Zuwendungsrichtlinien noch nicht erlassen wurden. Ähnlich ist dies übrigens bei den integrierten Leitstellen, die ja eigentlich auch ganz vordringlich sind. Die Mittel sind jetzt erst einmal verfallen. Eigentlich ist das sehr praktisch, denn das nächste Aktionsprogramm kommt bestimmt.

Wie war das eigentlich mit den 50 neuen Stellen für den Verfassungsschutz? Mit dem vorhandenen Personal wäre es bei einem vernünftigen Management sicher möglich gewesen, auch Mitarbeiter/innen mit ausreichenden Fremdsprachenkenntnissen zu beschäftigen, die die gewonnenen Erkenntnisse auch auswerten können. Ein Blick auf die Internetseite des Landesamts lohnt sich übrigens – hier wird einem vor Augen geführt, wie wichtig die Pflege der Internetseiten ist – zumal wir uns im Laptop und Lederhosen-Land befinden.

### Personalpolitik

An dieser Stellen komme ich zur Personalpolitik und der Arbeitssituation der PolizeibeamtInnen, denn hier bietet sich auch kein rosiges Bild: Allgemein bekannt ist, dass unsere Polizistinnen und Polizisten sehr schlecht bezahlt werden und ein erheblicher Beförderungsstau existiert.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Altersteilzeit für Vollzugsbedienstete, die im Schichtdienst tätig sind, die Altersteilzeit praktisch abgeschafft wurde. Hier haben wir uns für eine Gleichbehandlung aller Vollzugsbediensteten mit kürzerer Lebensarbeitszeit eingesetzt, dass auch ihnen eine angemessene Altersteilzeitregelung ermöglicht wird

Die nötigen Stellen für die mobile Reserve zur Unterstützung der Frauen bei der Polizei wurden nicht geschaffen. Unser Antrag, die bisher 230 Stellen um je 50 Stellen in den beiden Haushaltsjahren aufzustocken, wurde abgelehnt. Nötig wären eigentlich ca. 360–400 Stellen.

Es bleibt lediglich das Nikolauspräsent des Ministers, mit dem trotz Haushaltssperre alle Vollzugsbeamten, die an Weihnachten Dienst schieben, ein Geschenkpackchen im Wert von 7,66 € erhalten.



**Zu Tagesordnungspunkt 11****Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 A:**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Kellner u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Modellprojekt Interventionsstelle gegen familiäre Gewalt (Kap. 03 03)  
Drs. 14/10760
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Kellner u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Sicherheitskonzept Bayern: Streichung der Mittel für Ausreisezentren Förderung der freiwilligen Rückkehr (Kap. 03 03 TG 90 – 95, Kap. 10 53 Tit. 681 01)  
Drs. 14/10761
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Ausschöpfung der Stellenobergrenzen im mittleren Dienst (Kap. 03 17 bis 03 20)  
Drs. 14/10738
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Ausweitung der A 10-Stellen (Kap. 03 17 bis 03 20)  
Drs. 14/10739
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Durchschlüsselung der Stellen im gehobenen Polizeivollzugsdienst in A 12 und A 13 (Kap. 03 18)  
Drs. 14/10740
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Anteil höherer Dienst bei der Polizei (Kap. 03 17 bis 03 20)  
Drs. 14/10741
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Schaffung von Dienstposten – A 9/10 (12) – für kriminalpolizeiliche Sachbearbeiter des gehobenen Dienstes ohne Führungsfunktion bzw. Fachspezifität (Kap. 03 17, 03 18)  
Drs. 14/10742
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Dienstpostenhebung der Kommissariatsleiter auf A 12/13 bzw. deren Stellvertreter auf A 11/12 bei der Kriminalpolizei (Kap. 03 17, 03 18)  
Drs. 14/10743
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Etatisierung sog. Sonderdienste und Sonder-einheiten (Kap. 03 17 bis 03 20)  
Drs. 14/10744
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Auslandseinsätze (Kap. 03 17 bis 03 20)  
Drs. 14/10747

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Polizeibeamtinnen – Stellen für eine mobile Reserve  
(Kap. 03 20)  
Drs. 14/10736
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Köhler Elisabeth, Kellner u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Aufstockung der mobilen Reserve für Polizeibeamtinnen  
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)  
Drs. 14/10763
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Tarifbeschäftigte bei der Polizei (Angestellte)  
(Kap. 03 17 bis 03 20)  
Drs. 14/10734
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Tarifbeschäftigte bei der Polizei (Arbeiter)  
(Kap. 03 17 bis 03 20)  
Drs. 14/10735
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Vorsorgekuren  
(Kap. 03 17 bis 03 20)  
Drs. 14/10737
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Kellner, Tausendfreund und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Streichung der Mittel für die Sicherheitswacht  
(Kap. 03 18 TG 76)  
Drs. 14/10762
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Informations- und Kommunikationstechnik  
(Kap. 03 17 bis 03 20)  
Drs. 14/10748
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer, Strasser, Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2003/2004;  
hier: Intensivierung von Verfall und Einziehung von Vermögen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Bayern  
(Kap. 03 17 bis 03 20)  
Drs. 14/10749

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.12.2002 zu Tagesordnungspunkt 12: Haushaltsplan 2003/2004; Einzelplan 03B – Staatsbauverwaltung.

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ach</b> Manfred	X			<b>Grabmair</b> Eleonore			
<b>Appelt</b> Dieter		X		<b>Dr. Gröber</b> Klaus			
<b>Dr. Baumann</b> Dorle		X		<b>Guckert</b> Helmut	X		
<b>Beck</b> Adolf	X			<b>Güller</b> Harald		X	
<b>Dr. Beckstein</b> Günther	X			<b>Guttenberger</b> Petra	X		
<b>Berg</b> Irlind		X		<b>Haedke</b> Joachim			
<b>Dr. Bernhard</b> Otmar	X			<b>Dr. Hahnzog</b> Klaus			
<b>Biedefeld</b> Susann		X		<b>Hartenstein</b> Volker		X	
<b>Blöchl</b> Josef	X			<b>Hartmann</b> Gerhard		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold				<b>Hausmann</b> Heinz	X		
<b>Böhm</b> Johann	X			<b>Hecht</b> Inge			
<b>Boutter</b> Rainer		X		<b>Heckel</b> Dieter	X		
<b>Brandl</b> Max		X		<b>Hecker</b> Annemarie			
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter				<b>Heike</b> Jürgen W.	X		
<b>Brosch</b> Franz				<b>Heinrich</b> Horst			
<b>Brunner</b> Helmut	X			<b>Herrmann</b> Joachim	X		
<b>Christ</b> Manfred	X			<b>Hirschmann</b> Anne		X	
<b>Deml</b> Marianne	X			<b>Hoderlein</b> Wolfgang		X	
<b>Dingreiter</b> Adolf				<b>Hölzl</b> Manfred			
<b>Döbler</b> Thomas		X		<b>Hofmann</b> Walter	X		
<b>Dodell</b> Renate	X			<b>Hohlmeier</b> Monika			
<b>Donhauser</b> Heinz				<b>Huber</b> Erwin	X		
<b>Dr. Dürr</b> Sepp				<b>Hufe</b> Peter		X	
<b>Eck</b> Gerhard	X			<b>Jetz</b> Stefan	X		
<b>Eckstein</b> Kurt	X			<b>Dr. Kaiser</b> Heinz		X	
<b>Egleder</b> Udo		X		<b>Kaul</b> Henning	X		
<b>Ettengruber</b> Herbert	X			<b>Kellner</b> Emma		X	
<b>Prof. Dr. Eykmann</b> Walter	X			<b>Dr. Kempfler</b> Herbert	X		
<b>Prof. Dr. Faltlhauser</b> Kurt				<b>Kiesel</b> Robert	X		
<b>Dr. Fickler</b> Ingrid	X			<b>Klinger</b> Rudolf			
<b>Fink</b> Martin	X			<b>Kobler</b> Konrad			
<b>Fischer</b> Herbert	X			<b>Köhler</b> Elisabeth		X	
<b>Förstner</b> Anna-Maria		X		<b>König</b> Alexander	X		
<b>Franzke</b> Dietmar		X		<b>Kränzle</b> Bernd	X		
<b>Freller</b> Karl				<b>Kreidl</b> Jakob	X		
<b>Gabsteiger</b> Günter	X			<b>Kreuzer</b> Thomas	X		
<b>Prof. Dr. Gantzer</b> Peter Paul		X		<b>Dr. Kronawitter</b> Hildegard		X	
<b>Gartzke</b> Wolfgang		X		<b>Kuchenbaur</b> Sebastian	X		
<b>Geiger</b> Hermann				<b>Kupka</b> Engelbert	X		
<b>Glück</b> Alois	X			<b>Kustner</b> Franz	X		
<b>Görlitz</b> Erika	X			<b>Leeb</b> Hermann	X		
<b>Goertz</b> Christine		X		<b>Leichtle</b> Wilhelm		X	
<b>Götz</b> Christa	X			<b>Lochner-Fischer</b> Monica			
<b>Dr. Götz</b> Franz		X		<b>Lode</b> Arnulf			
<b>Dr. Goppel</b> Thomas				<b>Loscher-Frühwald</b> Friedrich	X		
<b>Gote</b> Ulrike				<b>Lück</b> Heidi		X	
				<b>Prof. Männle</b> Ursula	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Maget</b> Franz			
<b>Matschl</b> Christa	X		
<b>Mehrlich</b> Heinz			
<b>Meißner</b> Christian	X		
<b>Memmel</b> Hermann		X	
Dr. <b>Merkel</b> Gerhard			
<b>Meyer</b> Franz	X		
<b>Miller</b> Josef	X		
<b>Möstl</b> Fritz		X	
Dr. <b>Müller</b> Helmut	X		
<b>Müller</b> Herbert			
<b>Müller</b> Willi	X		
<b>Münzel</b> Petra		X	
<b>Naaß</b> Christa		X	
<b>Nadler</b> Walter	X		
<b>Narnhammer</b> Bärbel		X	
<b>Neumeier</b> Johann	X		
<b>Niedermeier</b> Hermann			
<b>Nöth</b> Eduard	X		
<b>Obermeier</b> Thomas	X		
<b>Odenbach</b> Friedrich		X	
<b>Pachner</b> Reinhard	X		
<b>Paulig</b> Ruth		X	
<b>Peterke</b> Rudolf	X		
<b>Peters</b> Gudrun		X	
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
<b>Pienßel</b> Franz			
<b>Pongratz</b> Ingeborg	X		
<b>Pranghofer</b> Karin		X	
<b>Pschierer</b> Franz			
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph		X	
<b>Radermacher</b> Karin		X	
<b>Ranner</b> Sepp	X		
Freiherr von <b>Redwitz</b> Eugen	X		
<b>Regensburger</b> Hermann			
<b>Riess</b> Roswitha	X		
<b>Ritter</b> Ludwig	X		
Dr. <b>Ritzer</b> Helmut		X	
Freiherr von <b>Rotenhan</b> Sebastian	X		
<b>Rotter</b> Eberhard	X		
<b>Rubenbauer</b> Herbert	X		
<b>Rudrof</b> Heinrich	X		
Dr. <b>Runge</b> Martin		X	
<b>Sackmann</b> Markus	X		
<b>Sauter</b> Alfred	X		
<b>Schammann</b> Johann			
<b>Scharfenberg</b> Maria		X	
<b>Schieder</b> Marianne		X	
<b>Schieder</b> Werner		X	
<b>Schindler</b> Franz		X	
<b>Schläger</b> Albrecht		X	
<b>Schmid</b> Albert			
<b>Schmid</b> Berta	X		
<b>Schmid</b> Georg			
<b>Schmid</b> Peter	X		
<b>Schmidt-Sibeth</b> Waltraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga		X	
<b>Schneider</b> Siegfried	X		
Dr. <b>Scholz</b> Manfred			
<b>Schopper</b> Theresa		X	
<b>Schreck</b> Helmut	X		
Dr. <b>Schuhmann</b> Manfred		X	
<b>Schultz</b> Heiko			
<b>Schuster</b> Stefan		X	
<b>Schweder</b> Christl	X		
<b>Schweiger</b> Rita	X		
<b>Sibler</b> Bernd	X		
<b>Simon</b> Hildegard		X	
<b>Sinner</b> Eberhard			
Dr. <b>Söder</b> Markus			
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig	X		
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Sprinkart</b> Adi		X	
<b>Stahl</b> Christine			
<b>Stahl</b> Georg	X		
<b>Stamm</b> Barbara			
<b>Starzmann</b> Gustav		X	
<b>Steiger</b> Christa		X	
<b>Stewens</b> Christa			
Prof. Dr. <b>Stockinger</b> Hans Gerhard			
Dr. <b>Stoiber</b> Edmund			
<b>Strasser</b> Johannes			
<b>Strehle</b> Max	X		
<b>Tausendfreund</b> Susanna		X	
<b>Thätter</b> Blasius	X		
<b>Traublinger</b> Heinrich	X		
von <b>Truchseß</b> Ruth		X	
<b>Untertländer</b> Joachim	X		
Prof. Dr. <b>Vocke</b> Jürgen	X		
<b>Vogel</b> Wolfgang		X	
<b>Voget</b> Anne		X	
<b>Volkman</b> Rainer		X	
<b>Wahnschaffe</b> Joachim		X	
Dr. <b>Waschler</b> Gerhard	X		
<b>Weber</b> Manfred	X		
<b>Weichenrieder</b> Max	X		
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
<b>Weinhofer</b> Peter	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim		X	
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna		X	
Dr. <b>Wiesheu</b> Otto			
Dr. <b>Wilhelm</b> Paul	X		
<b>Winter</b> Georg	X		
<b>Wörner</b> Ludwig		X	
<b>Wolfrum</b> Klaus		X	
<b>Zachert</b> Klaus		X	
<b>Zehetmair</b> Hans			
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons	X		
<b>Zengerle</b> Josef			
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas	X		
<b>Gesamtsumme</b>	88	64	–

**Zu Tagesordnungspunkt 12****Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 B:**

- |  |   |
|--|---|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmann, Strasser, Hartmann u.a. SPD<br/>Haushaltsplan 2003/2004;</p> <p>hier: Wohnungsbauförderung<br/>Landesmittel zur Förderung der Schaffung von Studentenwohnraum<br/>(Kap. 03 64 TG 76 – 78)</p> <p>Drs. 14/10754</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmann, Strasser, Hartmann u.a. SPD<br/>Haushaltsplan 2003/2004;</p> <p>hier: Wohnungsbauförderung<br/>Landesmittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus<br/>(Kap. 03 64)</p> <p>Drs. 14/10753</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Kellner, Dr. Runge u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN<br/>Haushaltsplan 2003/2004;</p> | <p>hier: Erhöhung der Mittel für Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden<br/>(Kap. 03 64 TG 81 – 83)</p> <p>Drs. 14/10764</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Schläger, Strasser, Hartmann u.a. SPD<br/>Haushaltsplan 2003/2004;</p> <p>hier: Mittel für den Staatsstraßenbau<br/>(Kap. 03 76 Tit. 750 00)</p> <p>Drs. 14/10755</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Stahl Christine, Kellner, Dr. Runge und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN<br/>Haushaltsplan 2003/2004;</p> <p>hier: Erhöhung der Mittel für Bestandserhaltung der Staatsstraßen<br/>(Kap. 03 76 Tit. 750 00)</p> <p>Drs. 14/10765</p> |
|--|---|

